

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M.
(davon 95 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postzeitung 4,32 M., einschließlich 60 Pf.
Postzeitung und 72 Pf. Postbestellge-
bühren. Auslandsabonnemente 6.— M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Druckschenporto 6.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentag-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage
„Volk und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einzige Kampfschrift 56 Pf.
Bestimmungspreis 1.— M. „Kriegs-
zeitung“ das selbstdruckte Blatt 25 Pf.
(zwei selbstdruckte Blätter), jedes
weiteres Blatt 12 Pf. Robert II. Carl
Wahlenscheide das erste Blatt 15 Pf.,
jedes weitere Blatt 10 Pf. Blatte über
15 Buchstaben zählen für zwei Blätter.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäftslokal (Lützowstr. 2) wochentag-
lich von 8½ bis 11 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Abrechnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dt. S. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Englands Gewerkschaften zur Krise

Das Abwehrprogramm des Generalrates.

London, 9. September. (Eigenbericht.)

Dem Gewerkschaftskongress in Bristol lag am Mittwoch ein Bericht des Generalrates über die jüngsten politischen Ereignisse in England vor. Der Bericht stellt fest, daß die politische Krise des August 1931 nur der Kulminationspunkt einer sich dauernd verschlechternden Situation in England gewesen sei, deren Wurzeln in der Nachwirkung des Krieges und in seinem Erbe, den Reparationen und Kriegsschulden, zu suchen sei, sowie in der verfehlten Deflationspolitik der englischen Betriebe. Tatsächlich sei Englands Lage im Vergleich zu derjenigen anderer Länder im Jahre 1931 gegenüber der 1928 günstiger.

Die Mittel, die der Gewerkschaftsrat zur Bekämpfung der langfristigen Krise in England empfiehlt, sind: Beendigung der Deflationspolitik der letzten zehn Jahre, Moderation der englischen Industrie unter dem Einfluß der öffentlichen Hand, eine internationale Politik, die auf Weltfrieden und die Revision der Reparationen und der Kriegsschulden abgestellt ist. Die Politik der Lohnsenkung sei grundverfehlt und werde nur zu weiterer Deflation und daher zu weiterer Wirtschaftskrise führen. Die Festsetzung der Goldparität des Pfundes im Jahre 1925 auf den Vorkriegsstand sei ein Fehler gewesen. Nehme man jetzt die Herabwertung des Pfundes vor, so werde das zwar keine Kaufkraftschwäche, aber gleichzeitig die Schuldenslast vermindern und den Exportindustrien neuen Antrieb geben. Würden sich die Verhältnisse nicht bessern, so werde England zur Aufgabe der gegenwärtigen Währungsparität gezwungen werden. Ueber das Problem des Finanzsystems hat der Generalrat noch keine Entscheidung getroffen.

Notverordnungsverfahren.

London, 9. September. (Eigenbericht.)

Im Unterhaus brachte die Regierung am Mittwoch ein Gesetz ein, das die Durchführung des Sparprogramms ohne Zeitverlust im Parlament ermöglichen soll. Danach können Einzelheiten der Spargesetze durch Kabinettsbeschlüsse Gesetzeskraft erhalten. Das bedeutet nicht, daß die Regierung jetzt mit Notverordnungen regieren will. Die grundlegenden

Bestimmungen der geplanten Maßnahmen werden nach wie vor im Parlament besprochen werden. Außerdem hat das Gesetz nur Geltung für Sparmaßnahmen und nicht für neu zu erhebende Steuern.

Unter der Regierungsmehrheit befinden sich nur zwölf Labour-Abgeordnete, darunter allein sieben Mitglieder der Regierung. Die Arbeiterpartei ist im Parlament unter der Führung Hendersons geschlossen geblieben. Neuerdings wird allgemein die Erwartung ausgesprochen, daß bereits in kurzer Zeit, etwa Ende Oktober oder im November, Neuwahlen nötig sein werden.

Fußballspiel mit Damenhut.

London, 9. September.

Bei der heutigen Unterhausdebatte, bei der sich die Ungebuld in Erwartung der morgigen Erklärung des Schatzkanzlers Snowden deutlich kundtat, kam es zu einem ebenso amüsanten wie ungewöhnlichen Zwischenfall. Nach der Regel des Hauses muß ein Mitglied, das während einer Abstimmung im Gange ist, eine Frage an den Sprecher wegen der Geschäftsordnung richten will,

das Haupt bedecken.

Nun wollte ein Arbeiterführer eine solche Anfrage stellen. Im entscheidenden Augenblick aber hatte er keinen Hut zur Stelle, worauf Frau Manning, das weibliche Arbeitermitglied für Oxfordsington ihren Hut, der zwar nach der neuesten Mode einem runden Herrenhut gleich, aber zwei große Federn hatte, dem in Rot befehlenden Kollegen herüberreichen ließ. Ein hilfloses Mitglied stülpte dem Fragesteller den Damenhut auf. Als dieser aber merkte, daß er mit fremden Federn geschmückt war, rief er empört den Hut vom Kopfe. Unter seinen Parteifreunden setzte darauf eine

förmliche Jagd nach dem unglücklichen Hut

ein. Schließlich gelang es der rechtmäßigen Besitzerin, den Hut wiederzuerlangen, der jedoch kaum wiederzuerkennen war. Der Hut war zerfunden, und von den Federn war kaum noch etwas übrig. Sedenfalls dürfte Frau Manning es sich schwer überlegen, ehe sie ihren Hut wieder einem Kollegen borgt.

Preußens Sparprogramm.

Ausgabenreduktion um 180-200 Millionen Mark. — Abbau sämtlicher Funktions- und Leistungszulagen.

Die Beratungen der preussischen Regierung über die Notverordnung zur Ausbalancierung des preussischen Etats und der Etats der preussischen Gemeinden sind am Mittwoch nach der grundsätzlichen Seite hin abgeschlossen worden. Die Veröffentlichung der Verordnung wird jedoch erst erfolgen, sobald die Reichsregierung zu den preussischen Maßnahmen Stellung genommen hat und der wahrscheinlich erforderliche Ausgleich zwischen den preussischen Plänen und neuen bevorstehenden Maßnahmen der Reichsregierung erfolgt ist.

Die preussische Notverordnung sieht vor allem einen Abbau sämtlicher Funktions- und Leistungszulagen ab 1. Oktober um mindestens ein Drittel und mehr des bisherigen Sages vor. Außerdem sollen eine ganze Reihe von Stellen eingepart werden. Von dieser Maßnahme werden alle Beamtenkategorien, also auch die Volksschullehrer und die Lehrer der höheren Schulen, betroffen. Darüber hinaus ist für die Beamten der Gruppe A, d. h. das Gros der Beamtenschaft, insofern eine Besoldungssperre vorgesehen, als Beförderungen bzw. entsprechende Zulagen in Zukunft nicht mehr jährlich, sondern nur noch alle drei Jahre gestattet werden. Durch diese und andere Maßnahmen erfährt der preussische Etat für den Rest des Haushaltsjahres 1931/32 voraussichtlich eine Ausgabenreduktion von etwa 180 bis 200 Millionen Mark.

Die in der Notverordnung enthaltenen Maßnahmen zur Sanierung der kommunalen Finanzen beruhen im wesentlichen auf den Finanz- und Wirtschaftsplänen des Deutschen Städtetages. Die Gemeindeverwaltungen werden u. a. ermächtigt, von sich aus geeignete Maßnahmen zur Sanierung ihrer Haushalte zu treffen. Auf diese Weise sollen Ersparnisse von insgesamt 200 Millionen Mark ermöglicht werden.

Im Zusammenhang mit Erörterungen über die Abbaumaßnahmen der preussischen Regierung bei den Schulen greifen staatsparteiliche Blätter und solche des Zentrums den preussischen Kultusminister heftig

an. Ihm wird vorgeworfen, daß er sich während der Beratungen des Kabinetts nicht schützend vor die Schule gestellt und Abbaumaßnahmen bei der Schule aus parteitaktischen Erwägungen geduldet habe. Diesen Behauptungen gegenüber muß festgestellt werden: Die Abbaumaßnahmen bei den Schulen, die insgesamt eine Ersparnis von rund 40 Millionen Mark ausmachen, sind zum größten Teil gegen den preussischen Kultusminister, und zwar mit den Stimmen der staatsparteilichen und Zentrumsminister beschlossen worden.

Personalwechsel — Systemwechsel?

Direktorenwechsel bei der Dresdner Bank.

Die Dresdner Bank teilt mit: In der Mittwochabend des vom Ausschussrat der Dresdner Bank eingeschickten Personal- und Kreditausschusses wurde der Vertrag mit Herrn Direktor Göh — bisher Commerz- und Privatbank — als ordentliches Vorstandsmitglied abgeschlossen. Direktor Göh wird nunmehr seine Tätigkeit bei der Dresdner Bank aufnehmen.

Ferner wurde vom Personal- und Kreditausschuss davon Kenntnis genommen, daß die Herren Herbert M. Gutmann, Georg Mosler und Paul Schmidt-Branden ihre Ämter als Vorstandsmitglieder niederlegen werden und daß Herr Wilhelm Kleemann mit Ablauf des Jahres aus dem Vorstand der Dresdner Bank ausscheidet. Herr Kleemann wird bis zum Ende des Jahres die Leitung der Genossenschafts-Abteilung der Dresdner Bank beibehalten. Die ausscheidenden Herren haben sich auf Wunsch des Personal- und Kreditausschusses bereit erklärt, sich der Bank auch nach Niederlegung ihrer Ämter zur Verfügung zu stellen. Die bisherigen Mitglieder des Vorstandes Henry Nathan und Geheimrat Frisch gehören auch weiterhin dem Vorstande an.

Größer Reden im Rundfunk. Am heutigen Vormittag wird Briands Rede vor der Völkerverammlung auch in Berlin durch Rundfunk übertragen. Morgen vormittag wird Dr. Curtius' Rede ebenfalls übertragen. Die genauen Zeiten werden noch bekanntgegeben.

Lujo Brentano.

Ein Weltbürger, der für die Freiheit und den Aufstieg der Arbeiterschaft kämpfte.

München, 9. September.

Professor Lujo Brentano ist heute nachmittag im 87. Lebensjahre gestorben. Der Verbliebene war 1872 Professor der Staatswissenschaften in Breslau geworden, wirkte dann in Straßburg, Wien, Leipzig und München und trat im Jahre 1914 in den Ruhestand. Brentano war einer der führenden deutschen Sozialpolitiker und Nationalökonom.

Lujo Brentano ist in hohem Alter gestorben. Am 18. Dezember wäre er 87 Jahre alt geworden. 1924 hatte er den Lehrstuhl für Nationalökonomie an der Münchener Universität endgültig verlassen. Seitdem lebte Brentano in Prien am Chiemsee. Den letzten Winter und das Frühjahr verbrachte er zur Erholung an der französischen Riviera in Juan les Pins, wo er an keinem Tage den Besuch der herrlichen Gärten am Cap d'Antibes veräumte. Als wir ihn zuletzt sahen und fragten, wie es geht, meinte er: „wie es einem 86jährigen Mann halt gehen kann.“ Aber seine Augen schauten so fest und listig wie je dabei, weil er wußte, daß ihm keiner den alten Mann glaubte.

Brentano ist trotz seiner 86 Jahre nie alt geworden. Mit 83 Jahren begann er die Veröffentlichung einer fünfbandigen „Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands“. Im Jahre 1929, mit 85 Jahren, durchschnitt er in fester Entschlossenheit und in ebenso großer Enttäuschung das Tischbuch zwischen sich und dem Verein für Sozialpolitik — er hatte den Verein gegründet und ihm 56 Jahre lang führend angehört —, weil die sozialpolitische und wirtschaftsliberale Tradition dieser berühmtesten Vereinigung deutscher Volkswirte kapitalistischer Liebedienerei geopfert worden war. Vor ganz wenigen Wochen noch, dem Tode schon nahe, lief er in der „Sozialen Praxis“ Sturm gegen die beabsichtigte neue Lohnsetzung in Deutschland und gegen die Unternehmerrhetorie des Emporhungerens.

Diese rastlose Gelehrtenarbeit und diese entschieden kämpferische Haltung noch im hohen Alter kennzeichnet den ganzen Mann und sein ganzes Leben. Brentano war nie Sozialist; er hat Karl Marx in den 70er und 80er Jahren literarisch befehdet. Er hat das kapitalistische, individualistische Wirtschaftssystem für richtig und notwendig gehalten, aber er hat zugleich die Existenzfähigkeit dieses Systems nur in der sozialen Weitherzigkeit seiner Vertreter gegenüber der Arbeiterschaft begründet gesehen, die sich in der politischen Freiheit und Gleichberechtigung der Arbeiterklasse, in dem staatlichen Arbeiterschutz und im wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterschaft auswirken mußte. Brentano war der Begründer des sozialen Liberalismus in Deutschland. Ihm hat er sein ganzes Leben lang gedient, auch in der politischen Front. Unter den Hohenzollern kämpfte er 1899 in vorderster Reihe gegen die ZuchtHausvorlage, die Streikende ins ZuchtHaus schiden wollte. Bis zum Umsturz kämpfte er gegen den § 153 der Gewerbeordnung, der das Streikpostenstehen formell erlaubte, praktisch aber die Streikposten mit einem Fuß ins ZuchtHaus stellte. Brentano gehörte der Sozialisierungskommission an. Er schrieb mehrfach in der „Gesellschaft“. Er war kein Sozialist, aber er stand der Arbeiterschaft sehr nahe.

Brentano war es in erster Linie, der in der Wissenschaft und der bürgerlichen Öffentlichkeit der organisierten Arbeiterschaft und ihrem Kampf um Freiheit und bessere Arbeitsbedingungen Sympathien warb. Aus Studienreisen in England brachte er schon 1870 die erste deutsche wissenschaftliche Wert über die Gewerkschaftsbewegung, die „Arbeitergilden der Gegenwart“ mit. 1876 gründete er in der klassischen Arbeit „Ueber das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit“ die These, daß Lohnhöhe und Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitskosten nicht erhöhen müssen. „Das rechtliche Arbeitsverhältnis“, „Die Arbeiterversicherung“, den problematischen „Schutz der Arbeitswilligen“ untersuchte er 1877, 1879 und 1899. So lange Brentano lehrte, war der Zustrom zu seinen Vorlesungen ungeheuer. Wer sich unter seiner Anleitung die wissenschaftlichen Spuren verdient hat, konnte nicht leicht mehr ein Feind der Arbeiterinteressen werden.

In den letzten Jahren ist die Lebensarbeit dieses Mannes durch die Sozial- und Agrarreaktion der deutschen Schwerindustrie und des ostelbischen Junkertums wieder zu hoher Aktualität gelangt. Da hat sich der 86jährige Brentano an die Seite der Arbeiterschaft und der Konsumenten gestellt gegen Lohndruck und Brotwucher. Er hat

das gewiß als individualistischer Volkswirt getan, den die Mißhandlung der volkswirtschaftlichen Vernunft empörte. Aber er hat es getan, während die übrige bürgerliche Professorenenschaft Deutschlands sich der Macht des Kapitals und dem Einfluß der Reaktion beugte oder vorzog, zu schweigen. Bis ins höchste Alter haben Wahrheitswille und Charakterstärke zum Wohle des Volkes Brentano ausgezeichnet. Ueber seinem frischen Grabe darf auch die deutsche Arbeiterschaft ihre Fahnen anerkennend und dankbar senken.

Reuige Rückkehrer.

Die Nationalsozialisten wollen wieder in den Reichstag.

Am 13. Oktober ist wieder Reichstag. Die Nationalsozialisten wollen, wie Fried am Dienstag in Hannover ankündigte, wieder an den Sitzungen teilnehmen.

Die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen hatten im neuen Reichstag durch Ständal jede sachliche Arbeit unmöglich gemacht. Um diesem Treiben zu begegnen, wurde eine Aenderung der Geschäftsordnung beschlossen. Das nahmen die Hitler- und Hugenberg-Leute zum Anlaß, am 10. Februar d. J. einen theatralischen Auszug aus dem Parlament zu inszenieren. Freitag-Horinghoben nannte bei dieser Gelegenheit den Reichstag „eine Zwangsburg der Feinde Deutschlands“. Stöhr erklärte, es sei „jede charaktervolle Opposition im Dienste der Interessen der Gesamtnation in diesem Reichstag von vornherein unmöglich gemacht“. Dieser Reichstag habe das Recht verweigert, im Namen des deutschen Volkes zu reden und zu handeln, er entspreche nicht mehr dem Willen des Volkes und alle seine Beschlüsse entbehren der Gesetzeskraft.

Jetzt wird die „Charaktervolle Opposition“ der Nationalsozialisten wieder in diesen so gekennzeichneten Reichstag einziehen und sich an der Fassung seiner angeblich verfassungswidrigen Beschlüsse beteiligen. Und die Deutschnationalen werden natürlich wieder mit den Hatentkreuzlern hineinflauchen, wie sie mit ihnen hinausgelaufen sind.

„Charaktervolle Opposition“! Die Rechtsparteien liefen im Februar in Wirklichkeit deshalb davon, weil Herr Curtius wider ihr Hoffen und Erwarten in Genf einen moralischen Erfolg gegen Polen davongetragen hatte. Ihre Hoffnung, ihn stürzen und einen Stoß gegen das Gesamtkabinett führen zu können, war damit vereitelt. Jetzt, da Herr Curtius leider ungefähr so aus Genf zurückkehren wird, wie sie ihn schon im Februar gerne gesehen hätten — jetzt nach der Niederlage in der Zollunionsfrage hoffen sie auf Erfolg und darum kehren sie wieder.

Der „Angriff“ des Herrn Goebels kündigt bereits an, daß der Sozialdemokratie im Reichstag „die Maske heruntergerissen“, daß sie als eine „Organisation von Arbeiterverrätern“ entlarvt werden soll. Sie werde „zu einer klaren Stellungnahme eines Ja oder Nein gezwungen“ werden.

Diese klare Stellungnahme kann Herr Goebels jetzt schon haben. Auf die Frage, ob sie etwa nach Kommunistenart die Geschäfte von Hugenberg, Hitler und Goebels besorgen will, antwortet die Sozialdemokratie mit einem klaren Nein.

Katholizismus gegen Hatentkreuz.

Kein kirchliches Begräbniß für den nationalsozialistischen Abgeordneten.

Mainz, 9. September. (Eigenbericht.)

Der Bischof von Mainz hat für den kürzlich an einem Herzschlag verstorbenen nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Gmeinder das kirchliche Begräbniß verweigert. Der General-Bischof der Diözese in Mainz, Dr. Reyer, begründet diese Anordnung des Bischofs in einer öffentlichen Erklärung wie folgt:

„Die deutschen Bischöfe haben übereinstimmend den Nationalsozialismus als Irrlehre verurteilt, weil er in seinem geschriebenen und ungeschriebenen Programm Sätze enthält, die der katholischen Lehre widersprechen. Es ist deshalb keinem Katholiken mehr erlaubt, der NSDAP. als eingeschriebenes Mitglied anzugehören. Wer sich um dieses Verbot nicht kümmert und in die Partei eintritt und sogar als Führer für sie wirkt, kann kein kirchliches Begräbniß erhalten, es sei denn, daß er vor seinem Tode irgendwie kundgibt, daß er seinen Ungehorsam bereut. Dieses Gesetz gilt für jeden Katholiken, mag er Fürst oder Bettler, reich oder arm, Abgeordneter oder einfacher Bürger sein. Da im vorliegenden Falle kein Grund vorlag, Milde walten zu lassen, mußte nach der Strenge des Gesetzes verfahren werden.“

Die Mainzer Nationalen haben die Anordnung des Mainzer Bischofs mit einer Kirchenaustrittsbewegung beantwortet.

Gühne für rechtsradikale Ehrabschneider Verurteilung wegen Beleidigung des Ministers Severing.

Breslau, 9. September.

Das erweiterte Schöffengericht Breslau verurteilte den 30 Jahre alten Angestellten Egon Heinze wegen öffentlicher Beleidigung des Ministers Severing zu sechs Wochen Gefängnis. Heinze ist bereits zweimal wegen politischer Vergehen vorbehaftet, darunter einmal wegen Vergehens gegen das Republikschulgesetz mit sechs Wochen Gefängnis. Vor Gericht erklärte er, völlig betrunken gewesen zu sein, als er die schwer beleidigende Äußerung gegen Severing machte. Angesichts der Vorstrafen des Angeklagten war jedoch das Gericht der Ueberzeugung, daß es sich nicht um eine gelegentliche Entgleisung handelte.

Professor Lederer kommt nach Berlin.

Der preussische Kultusminister gegen die juristische Fakultät.

Der preussische Kultusminister hat den bekannten Nationalökonom Professor Dr. Lederer an die Berliner Universität berufen. Die Berufung erfolgte gegen den Willen der juristischen Fakultät, die sich sowohl gegen die Berufung Lederers als auch gegen die des bekannten sozialdemokratischen Juristen Dr. Kadbruch ausgesprochen hat.

Lederer und Kadbruch, die beide der Sozialdemokratischen Partei angehören, gelten weit über Deutschlands Grenzen hinaus als anerkannte Wissenschaftler. Trotzdem hat die juristische Fakultät der Berliner Universität es fertig gebracht, beide abzulehnen. Sie hat damit wieder einmal ihre rechtsradikale Gesinnung über die Wissenschaft gestellt. Der preussische Kultusminister hat darauf die einzig richtige Antwort gegeben.

Volkspartei gegen Curtius.

Beratungen der Dingeldey-Fraktion.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die am Dienstag und Mittwoch in Potsdam tagte, nahm am Mittwoch ein ausführliches Referat ihres Vorsitzenden Dingeldey über die politische und wirtschaftliche Lage entgegen. Dingeldey befaßte sich u. a. auch eingehend mit der deutschen Außenpolitik und den jüngsten Vorgängen in Genf. Die Aussprache über das Referat wurde am Nachmittag nach Berlin verlegt und dort um 8 Uhr abends fortgesetzt.

Vorausichtlich wird die volksparteiliche Fraktion zur deutschen Außenpolitik keine Entscheidung fassen, aber Herrn Dingeldey zu einer Rücksprache mit Herrn Curtius und dem Reichskanzler beauftragen. Welcher Art die Rücksprachen sein werden, ergibt sich daraus, daß die Mehrheit der volksparteilichen Fraktion gegen ein weiteres Verbleiben ihres Außenministers im Amt ist.

Sozialreaktionäres Drängen.

Die Pressestelle der Deutschen Volkspartei teilt u. a. mit: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in zwei fast vollständig besuchten Sitzungen, die gestern und heute in Potsdam stattfanden, eine umfassende politische Aussprache gepflogen. Der erste Teil der Beratungen galt den finanziellen und wirtschaftlichen Problemen. Der gemeinsame Gedanke der Vorschläge und der Aussprache bewegte sich in der Richtung, die daniederliegende Wirtschaft und den Arbeitsmarkt durch kreditpolitische Vorkehrungen, Herabsetzung der öffentlichen Lasten und Verminderung der Produktionskosten zu beleben und damit auch die Gesundung der öffentlichen Finanzen herzustellen. Die Reichstagsfraktion setzte zur weiteren Beratung dieser Probleme besondere Ausschüsse ein, die der nächsten Fraktionssitzung, die für den 23. September in Hamburg vorgesehen ist, bestimmte Richtlinien vorlegen sollen.

Der zweite Tag der Potsdamer Beratungen galt der allgemeinen politischen Lage, insbesondere der Außenpolitik, über die der Vorsitzende, Abgeordneter Dingeldey, den einleitenden Bericht erstattete. Dabei wurden auch die Verhandlungen in Genf einer eingehenden Besprechung unterzogen. Von den Verhand-

lungen des Parteiführers mit dem Reichsaußenminister Dr. Curtius wurde zustimmend Kenntnis genommen! In der inneren Politik forderte die Fraktion mit aller Entschiedenheit ein rasches und entschlossenes Handeln der Reichsregierung. Das Zögern der Staatsführung in der Durchführung oft angekündigter und dringend erforderlicher Maßnahmen könne von der Deutschen Volkspartei nicht länger geduldet werden.

Es bleibt beim 26. September.

Franzosenbesuch wird nicht verschoben.

Halbamtlich wird aus Genf gemeldet:

In letzter Zeit sind verschiedentlich Gerüchte über eine Verschiebung oder Verlegung des Berliner Besuchs der französischen Staatsmänner aufgetaucht. Demgegenüber wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß derartige Gerüchte jeder Begründung entbehren. An den bisherigen Dispositionen, wonach der Besuch am 26. September in Berlin stattfinden soll, hat sich nichts geändert.

Wir vermessen, daß darüber hinaus von Regierungsseite noch immer nicht gegen die nationalsozialistischen Treibereien Stellung genommen worden ist!

Wo bleibt insbesondere die Antwort des Reichskanzlers auf das gestrige Schreiben der Vaterländischen Verbände? Wir sind gewiß weit davon entfernt, die Bedeutung dieser nationalsozialistischen Organisationen zu überschätzen und würden es in anderen Situationen begreifen, wenn der Reichskanzler sie einer Antwort überhaupt nicht würdigen würde. Aber in dieser Angelegenheit ist eine klare Stellungnahme durch Dr. Brüning unerlässlich, zumal die ganze Reichspresse seit Tagen in dasselbe Horn bläst. Dr. Brünings Antwort an den General a. D. von der Goltz muß ebenso öffentlich erfolgen wie die Tatsachen und der Inhalt des Goltz-Schreibens an ihn veröffentlicht worden sind.

Skandal auf dem Juristentag.

Nationalistische Revancherede des Vorsitzenden / Angriffe auf das Haager Gericht Rauegeschrei gegen Frankreich.

Lübeck, 9. September. (Eigenbericht.)

Am Mittwochnachmittag wurde in Lübeck in der üblichen feierlichen Weise der diesjährige Juristentag eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde an Stelle des Reichstagsabgeordneten Kahl der Vertreter der Anwaltschaft beim Reichsgericht, Geheimrat Dr. Wildhagen aus Leipzig gewählt. Die Vertreter der Reichs- und Landesministerien waren aus Sparmaßregeln diesmal nur in kleinerer Zahl delegiert worden. Die Reichsregierung trat der Ministerialdirektor Schäfers vom Reichsjustizministerium.

Genosse Bürgermeister Böwig begrüßte namens des Senats der Stadt Lübeck die Tagung und betonte, daß auch große Massen des Volkes ein vollstimmliches Recht verlangen, dessen Sprache nicht nur den zünftigen Juristen verständlich sei. Er wies darauf hin, daß der Juristentag inmitten großer Not dreierlei Volkstreife tags, weshalb auch der Senat die sonst üblichen Festlichkeiten nicht abzuhalten beschlossen habe. Ministerialdirektor Schäfers wies auf den beinahe völligen Stillstand der ordentlichen Gesetzgebung hin, da bei derartigen parlamentarischen Verhältnissen die großen Reformgesetze auf dem Gebiete des Strafrechts ebenso wenig weitergekommen seien wie das Gesetz über die unehelichen Kinder. Die Reform des Aktienrechts, die Zivilprozessordnung und das eheliche Güterrecht seien auf unübersehbare Zeit ausgefallen.

Der Vertreter der österreichischen Juristen sprach davon, daß trotz der Not der Zeit das Weiterleuchten neuer Rechtsgedanken in der Tagesordnung des Juristentages erkennbar sei. Die Gleichstellung der Eheleute im Familienrecht, die Reform des Ehevertragsrechts, die Aenderung des Wiederaufnahmeverfahrens werden in den folgenden Tagen die Kommissionen des Juristentages beschäftigen. Die für die kommunale Politik wichtige Frage der Einschränkung der Eigentumsbeschränkungen, vermehrter Schutz des Betriebsgeheimnisses, Verminderung der Eidesleistungen werden verhandelt werden. Zahlreiche parteigemässige Juristen, insbesondere auch die Genossen Dr. Marum, Dr. Wagner, sowie die Genossin Pfäfl vertreten die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Die Beratungen dauern bis Sonnabend. Ueber das Ergebnis werden wir berichten.

In der Schlussrede wurde plötzlich die sonst übliche Harmonie durch

schwere politische Entgleisungen des neugewählten Vorsitzenden Wildhagen

gestört. Statt sich mit einer Betonung des Anschlußgedankens zu begnügen, besprach er die mißglückte Zollunion. Er richtete heftige unqualifizierbare Angriffe gegen den Haager Weltgerichtshof, die gerade aus dem Munde des Vorsitzenden des Juristentages besonders schädlich sind, und schließlich geriet er völlig in den Stil einer blutrünstigen nationalsozialistischen Revancherede und rief aus: „Unsere Ohnmacht gegenüber unseren Feinden wird nicht ewig dauern — dann werden wir Rache an dem übermächtigen Frankreich nehmen.“

Diese Entgleisung rief allgemeine Bestürzung hervor, und man suchte nach Wegen, um den Zwischenfall aus der Welt zu schaffen.

Wildhagen gab am Abend zu den politischen Entgleisungen und den Angriffen auf den Haager Weltgerichtshof folgende Erklärung:

„Der Deutsche Juristentag hat, wie auch Herr Geheimrat Wildhagen ausdrücklich betont, mit Politik nichts zu tun. Was Geheimrat Wildhagen zum Ausdruck bringen wollte, bezog sich auf die unzerstörbare Kulturgemeinschaft mit Österreich besonders auf den den Juristentag berührenden Gebieten des Rechts. Wenn in einer im Wortlaut vorher nicht festgelegten Rede in der Spannung des Augenblicks einzelne Ausdrücke scharfer gemahnt worden sind, als beabsichtigt war und wenn Wendungen gefallen sind, die als Angriffe auf fremde Mächte oder auf das Haager Schiedsgericht gedeutet werden könnten, so lag das nicht im Sinne von Geheimrat Wildhagen. Er bedauert es. Er legt be-

sonderes Gewicht auf die Feststellung, daß seine Rede nicht etwa als eine Kundgebung des Deutschen Juristentages, sondern nur als eine persönliche Meinungsäußerung gewertet werden dürfe.

In Anbetracht der politischen Bedeutung der Vorgänge hat sich Ministerialdirektor Schäfers vom Reichsjustizministerium als Vertreter der Reichsregierung sofort telephonisch mit den Besizeramtlichen Stellen in Verbindung gesetzt und über die Vorgänge Bericht erstattet. Aus den Kreisen des Kongresses ist Wildhagen aufgefordert worden, sein Amt als Vorsitzender niederzuliegen.

150 Millionen für Rußlandgeschäfte.

Ein Rediskontkredit der Reichsbank. — Das neue Bankentorforum.

Die Bemühungen der Industrie um die Bereitstellung neuer Mittel für die Finanzierung der Lieferungen nach Rußland haben zu einem positiven Ergebnis geführt. Die Reichsbank stellt einen Rediskontkredit in Höhe von 150 Millionen zur Verfügung. Der Rediskontkredit gilt für Geschäfte mit Rußland, die nach dem 1. März 1931 abgeschlossen sind und für Sowjetwechsel mit einem Endfälligkeitstermin bis zum 1. Juli 1933. Der Rediskontkredit der Reichsbank ist dem neugebildeten Bankentorforum zur Verfügung gestellt worden, dem u. a. die Reichskreditgesellschaft, die Preussische Seehandlung, die Sächsische Staatsbank, die Thüringische Staatsbank, die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, die Dresdner Bank angehören. Die Zinsen sind auf 1 1/2 Proz. über Reichsbankdiskont festgesetzt worden, betragen mithin gegenwärtig 9 1/2 Proz. Für die Einreichung der Sowjetwechsel ist wie bisher die Industrie-Finanzierungs-A. G. Ost „Sjago“ zuständig. Der Rediskontkredit der Reichsbank ist in erster Linie für die am Rußlandgeschäft beteiligten mittleren und kleineren deutschen Industrieunternehmen bestimmt. Da der größte Teil der langfristigen Sowjetwechsel erst im Herbst bzw. im Winter dieses Jahres zu laufen beginnt, so werden die neuen Finanzierungsmittel hauptsächlich Geschäften mit einer Kreditfrist von 14 bis 18 Monaten zugute kommen.

Wo bleibt der Dolchstoß?

Zehn verlorene Marneschlachten!

Am 9. September 1914 sah die deutsche Heeresleitung den Einschluß zum Abbruch der Marneschlacht. Der Generaloberst von Einem, der ehemalige preussische Kriegsminister, nennt das jetzt im „Tag“ „den Gipfelpunkt der Tragik unserer Kriegsgeschichte“ und fügt hinzu:

Die Marneschlacht allein hat uns um den Endsiege nicht gebracht. Sie brachte uns aber den langen Krieg. Hätten nicht andere Fehler in den Jahren 1914 bis 1916 die Auswirkung des Irretums an der Marne noch verdoppelt oder sogar verzehnfacht, konnte der Krieg immer noch gewonnen, jedenfalls zu einem erheblich glücklicheren Ende gebracht werden.

Bisher hatten wir in der Reichspresse stets gelesen, daß der sogenannte „Dolchstoß von hinten“ den unglücklichen Kriegsausgang verschuldet habe. Nun erfahren wir von Herrn v. Einem, daß durch eine fehlerhafte Kriegführung der Schaden der Marneschlacht verzehnfacht worden sei.

Danach scheint für die Dolchstößer doch sehr wenig übrig geblieben zu sein. Die Hauptsache hatten zuvor schon die Generale besorgt.

Eine bezeichnende Anti-Habsburg-Demonstration. In der Beerdigung der Frau des habsburgischen „Feldmarschalls“ Friedrich in Budapest beteiligten sich alle in- und ausländischen Offiziere — nicht aber die Gesandten der Kleinen Entente.

Berlins Kampf

Heutwieder Stadtparlament — Defizit herabgedrückt — Wann endlich Reichshilfe

Nach Beendigung der Stadtverordnetenferien tritt heute das Stadtparlament zu seiner ersten Sitzung im Winterhalbjahr zusammen. Die durch die katastrophale Finanzlage Berlins bedingten Notmaßnahmen des Magistrates, die Fragen der Beamtenbesoldung und die noch zu treffenden Maßnahmen im kommenden Notwinter werden die Stadtverordneten vor schwierige Aufgaben stellen und an das Verantwortungsgefühl der Fraktionen hohe Anforderungen stellen. Schon in der heutigen Sitzung wird es wahrscheinlich zu ausführlichen großen Debatten kommen, die allerdings in der ersten Sitzung kaum zu praktischen Ergebnissen führen werden.

Die verantwortungsbewußten Vertreter der Reichshauptstadt werden sich sagen müssen, daß Berlin, wie alle anderen deutschen Gemeinden, seine Maßnahmen in einer verzweifeltsten Zwangslage treffen muß. Rafft sich die Reichsregierung nicht endlich zu Taten auf, wird die Katastrophe über viele deutsche Kommunen unweigerlich hereinbrechen. Bei dauernd anwachsenden Lasten für die Wohlfahrtserwerbslosen und einem erschreckenden Rückgang der Steuereinnahmen stehen die Stadtverwaltungen dieser Entwicklung machtlos gegenüber. Die Reichsregierung wird sich darüber klar sein müssen, welche Auswirkungen eine derartige Katastrophe haben müßte, und wie verhängnisvoll insbesondere ein Zusammenbruch der Finanzkraft Berlins sich auswirken würde. Wir können nicht glauben, daß die Regierung untätig zusehen wird, wie die Reichshauptstadt vor die Hunde geht.

Durch die rigorosen Sparmaßnahmen des Magistrats ist es gelungen, das Defizit im laufenden Haushaltsjahr, das anfangs 67 Millionen betrug, auf 30 bis 35 Millionen Mark herabzubringen. Treten in den Wintermonaten jedoch weitere Rückgänge in den Steuereinnahmen ein, wächst das Defizit naturgemäß automatisch wieder an. Hinzu kommt, daß aus dem vorigen Etatsjahr noch ein

ungedecktes Defizit von 63 Millionen Mark besteht. Wie schwierig die Finanzlage Berlins ist, zeigte die Tatsache, daß die Heranschaffung der Gehälter, die heute den städtischen Beamten voll ausgezahlt werden, anfangs Schwierigkeiten bereitete.

Damit bei diesen ersten Dingen die Harlekinaade nicht fehle, hat die deutschnationale Fraktion eine Anfrage eingebracht, in der man gewichtig einige Auskünfte über die Amtstätigkeit des Stadtkämmerers verlangt. Man wirft dem Berliner Kämmerer vor, daß er mehrfach nach seinem Amtsantritt in Berlin noch nach Frankfurt a. M., seinem früheren Tätigkeitsgebiet, gefahren sei. Dabei ist es seit langem bekannt, daß der Stadtkämmerer dem Rufe, möglichst schnell nach Berlin zu kommen, nur unter der Zusicherung auch der Frankfurter Stadtverwaltung, noch mit seinem Kater für einige Zeit zur Verfügung zu stehen, folgen konnte. Des weiteren bemängelt man, daß der Kämmerer angeblich sein Dienstauto zu häufig benutze. Wir hätten nicht geglaubt, daß sich eine große Fraktion, die doch immerhin Anspruch darauf macht, ernst in ihrer Arbeit genommen zu werden, dazu hergibt, derartige Banalitäten vor das Forum der Stadtverordnetenversammlung zu bringen. Wir glauben außerdem zu wissen, daß die Frager eine Antwort erhalten werden, die sie nicht ermarlet haben dürften. Uns ist bekannt, daß die Stadt Berlin von den gelegentlichen Fahrten des Kämmerers nach Frankfurt keinerlei Kosten erwachsen, und daß der Kämmerer, lange bevor diese Anfrage eingebracht wurde, den Oberbürgermeister gebeten hat, diese Tage auf seinen Urlaub anzurechnen.

Wo bleibt Ortsgesetz über Dauerfleingärten?

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat für die heutige Sitzung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der die umgehende Verkündung des Ortsgesetzes über Reichsheimstätten-Gartengebiete und Dauerfleingärten fordert. Bereits am 12. Februar d. J. hatte die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat ersucht, ein derartiges Ortsgesetz für das städtische Gelände in Kraft zu setzen. In dem Antrag wird darauf hingewiesen, daß der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung bis heute noch nicht durchgeführt ist, und daß dadurch z. B. auf dem Treptower Gelände unhaltbare Zustände eingetreten sind.

find von der Pölsischen Polizei des Polizeipräsidenten sofort aufgenommen worden.

Einer der Angehörigen, der Nazimann Hermann Tielisch, ist kurze Zeit nach seiner Einlieferung an den Folgen eines Kopf- und Bauchschusses gestorben.

Hausstochter ermordet.

Der Täter — ein 25-jähriger Bäder — in Berlin gesucht.

In der kleinen Ortschaft Gruppendüren in Oldenburg wurde gestern die 13-jährige Hausstochter Hanna Classen ermordet aufgefunden. Das junge Mädchen unterhielt mit einem 25-jährigen Bäckergehilfen Georg Cordes ein Freundschaftsverhältnis. Cordes ist seit Mittwoch früh aus Gruppendüren verschwunden. Nach den bisherigen Ermittlungen der Polizei kommt nur Cordes als Täter in Frage. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß der Mörder nach Berlin geflüchtet ist. Von der Oberstaatsanwaltschaft in Oldenburg sind sofort umfassende Fahndungsmaßnahmen eingeleitet worden.

25 000 Pfund Dynamit explodiert.

New York, 9. September.

In dem Orte Dallas im Staate Texas explodierte das Pulvermagazin der Dupontwerke. 25 000 Pfund Dynamit flogen unter ungeheurem Lärm, der kilometerweit zu hören war, in die Luft. Mehrere Tote und Verletzte sind zu beklagen.

In Benton im Staate Illinois explodierte das Dynamitlager eines Bergwerkes. Bisher fielen diesem Unglück sechs Tote zum Opfer.

Bis zum 13. September 1931.

Die Internationale Büroausstellung am Junkturm, die große Schau der Bürotechnik, wird bis zum 13. September dauern. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 20 Uhr geöffnet. Sonnabends und Sonntags hält die IBA ihre Pforten bis 21 Uhr offen, um so besonders der werktätigen Bevölkerung die Möglichkeit eines eingehenden Studiums der vielen Neuerungen im modernen Bürobetrieb, die die Ausstellung zeigt, zu geben. Der Eintrittspreis beträgt 1 Mark. Erwerbslose kaufmännische Angestellte können bei ihren zuständigen Vermittlungsstellen Ausweise anfordern, die zum Besuch der Ausstellung für 30 Pfennig berechtigen.

Buttergeschäft gestürmt.

In die Butterfiliale der Firma Landau in der Putzburger Straße 15 drangen gestern etwa 20 junge Burschen ein und stahlen größere Mengen Butterwaren. Die Beute wurde zum Teil in Altentoschen verkauft. Bei der Verfolgung durch die Polizei ließ einer der Täter ein neues Fahrrad im Stich. Einer der Burschen konnte später festgenommen werden.

Strecker wiederholt sein Geständnis.

Der wegen Brandstiftung verhaftete Schriftsteller Karl Strecker hat am Mittwoch in fünfstündiger Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter in Potsdam sein Geständnis wiederholt. Ueber die Haftbeschwerden wird Donnerstag vormittag entschieden. Voraussichtlich kommt der Prozeß schon vor das nächste Schwurgericht, das Anfang Oktober tagen wird.

Ausstellung von Aquarien und Terrarien. Vom 6. bis 13. September veranaltet der Verein Humboldtstraße unter Mitwirkung der weitläufigen Schule Spandauer Straße seine diesjährige große Ausstellung von Aquarien und Terrarien. Außer den farbenprächtigsten, erstrahlenden Fischechen ist auch unsere einheimische Fischwelt vertreten. Auch ist die zur Schauellung von Meerwasser-Aquarien mit Fauna der subtropischen und tropischen Meere.

Schüsse in Berlin SW

Kommunisten gegen Nationalsozialisten — Drei Schwerverletzte — Ein Toter

Im Südwesten Berlins kam es in den gestrigen späten Abendstunden vor dem Hause Gneisenaustraße 17 zu einer blutigen Revolberchicerei, bei der vier Salvenkreuzer durch Schüsse schwer verletzt wurden. Einer der Angehörigen ist seinen Verletzungen erlegen.

Der gestrige blutige Vorfall stellt in seinem Ausmaße alle bisherigen Zusammenstöße zwischen den Links- und Rechtsradikalen in der Umgebung der Gneisenau- und Bergmannstraße, wo sich allmählich ein ständiger Straßenkrieg herausgebildet hat, weit in den Schatten. Im Hause Gneisenaustraße 17 ist ein Lokal, in dem vornehmlich Rechtsradikale verkehren. Gestern abend meilte eine größere Zahl von Nationalsozialisten in den Gasträumen, die dort offenbar eine Versammlung abhielten. Gegen 22 Uhr ertönte vor

dem Lokal plötzlich lauter Tumult. Es fielen zahlreiche Schüsse. Die Schreie der Gastwirtschaft zerplitterten und vier Mann, sämtlich Nationalsozialisten, brachen getroffen zusammen. Es handelt sich um: Karl Seelig aus der Heimstraße 9, Hermann Tielisch aus der Friesenstraße, Gerhard Ihlenfeld aus der Mariendorfer Straße und Hermann Abholz aus der Arndtstraße. Die Verletzten, die Kopf-, Arm- und Oberschenkelwunden erlitten haben, wurden in das Urbankrankenhaus gebracht.

Ob es sich um einen vorbereiteten kommunistischen Feuerüberfall handelt oder ob der Schieberei noch andere Vorgänge vorausgegangen sind, konnte gestern abend nicht mehr festgestellt werden. Das Ueberfallkommando suchte sofort die ganze Gegend ab und nahm sechs Personen fest, die im Verdacht stehen, sich an der Schieberei beteiligt zu haben. Die weiteren Nachforschungen

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON Felix Scherret.

Erikson ist in beseligter Stimmung. Der adlige Oberregierungsrat imponiert ihm wenig. Jedenfalls klopft er ihm auf die Schulter und behandelt ihn etwas von oben herab. Die geschäftliche Unterredung muß also sehr günstig für ihn ausgefallen sein. Herr von Klokow verabschiedet sich bald. Er klappert bei der Verbeugung distret mit den Haaden und preßt die Arme an den Oberkörper. James sieht den Zweck dieser hübschen Uebung nicht ein. Sie soll wohl nur andeuten, daß der Herr ehemals Leutnant oder etwas Aehnliches gewesen ist.

„Trink! Endlich sind wir unter uns schönen Pfarrers-töchtern.“ Erikson schenkt Sekt ein. „Gut, daß der Schnösel weg ist. Aber was willst du, jetzt hab ich endlich den Regierungsauftrag“, lacht er schallend auf. „Der Idiot ist hier bei der Regierung Dezerent für Begebau, und du kennst doch auch das Projekt von der großen Autostraße nach Bege-sack und Profitten, he? Nicht? Na ja! Dieser Auftrag ist mir zugesprochen worden. Fein, was? Junge, Junge, ich sage dir bloß, daran wird verdient.“ Er spißt die Lippen. „Nee, nee, da bleibst du mit deinem Getreide und dem ollen Krempel weit hinten auf der Strecke liegen. Noch 'ne Pulle und ein paar Kognaks!“ ruft er dem Kellner zu. „Und weißt du, wie ich das gemacht habe? Ganz einfach, sag ich dir. Ich stand da mit noch drei Firmen in engerer Wahl. Wir hatten alle denselben Preis berechnet und die gleiche, solide Ausführung versprochen. Na, du kennst doch das schöne Sprichwort: „Wer die Wahl hat, hat die Qual“, und da wollte ich den armen Leuten da oben die Qual verkürzen und hab mir den Herrn Dezerenten persönlich vorgeknöpft. Was hat denn schon so ein armer Kerl für ein Einkommen? Die paar hundert Mark im Monat! Mit denen sind keine Sprünge zu machen, und wenn man noch ablige Rosinen so von früher im Kopf spazieren trägt, erst recht nicht. Wir haben uns ganz allmählich angegrünzelt, und am Schluß gab ich ihm 'ne kleine Hypothek auf seine noch kleinere Klitsche.“ Er beugt sich vertraulich zu James. „Die Hypothek wird natürlich den

Brüdern unter anderer Firma auf Untostentkonto verbucht. Verstehst du?“ Das findet Erikson so komisch, daß er sich vor Lachen verhielt. Etwas Sekt ist ihm in die unrechte Kehle geraten.

James stimmt in die lärmende Fröhlichkeit nicht ein. Er starrt finster in sein Glas. Eine tiefe Falte hat sich an der Nasenwurzel gebildet.

„Du schwimmst also im Geld?“ Ein widerlicher Schleimkloß sitzt ihm im Halse.

„Ob ich schwimme!“ Erikson hat den Stiechhusten überwunden. „Soll ich dir was borgen?“

„Ja. Nur 120 000 Mark.“ James verzieht keine Miene. So, das Schwerste wäre gesagt. Es ging besser, als er zu hoffen wagte. Manchmal machen sich die inneren Hemmungen nicht bemerkbar.

Einen Augenblick ist Erikson sprachlos; dann schlägt er sich vor Vergnügen, auf die prallen Oberschenkel. „Du, das ist ein guter Biß! Du konntest niemals gute Wiße machen, aber heute bist du auf der Höhe. Fein, mein Jungchen.“ Erikson trocknet sich die Augen.

„Hör schon bitte auf mit deinem Lachen.“ James bündigt sich nun mühsam. „Ach brauche wirklich das Geld. Kannst du es mir geben oder nicht?“

Es wird brenzlich. Eriksons Gehirn funktioniert sofort erakt. Das Schaltwerk der Gedanken hat auf den Knopf „Geschäft“ gedrückt, und die Sektlaune ist nicht mehr da. Sie ist fortgewischt, in alle Winde geblasen. Erikson atmet ein paar-mal tief durch den Mund und erhält dadurch das Aussehen eines sterbenden Karpfens.

„Wozu brauchst du das Geld, wenn ich fragen darf?“ Deht beginnt der Ernst des geschäftlichen Lebens. „Etwas für die Aktien?“

James nickt.

Soll Erikson eine große Rede mit väterlichen Ermahnungen halten? Sie hat doch keinen Zweck und kommt dazu noch zu spät. Das Unglück ist geschehen, daran läßt sich nichts ändern. Jemand hat einen Betriebsunfall erlitten. Ein Schiff mit schwerer Havarie wird ins Trockendock bugsiert. Auch Erikson lag öfters hilflos auf dem Strand und wagte nicht zu japsen. Deht schwimmt er leicht und fröhlich oben, und Herr Silvester schreit verzweifelt um Hilfe.

„Warum hast du eigentlich damals die Aktien gekauft?“ Weil Kurt Erikson schon seit einem Jahre den Ort der Geld- und Briefkurse gemieden hat, will er die Freude an der Spekulation nicht mehr begreifen. Dabei fühlt er keine mora-

lischen Beängstigungen bei der Erwähnung der Börse. Es fehlte ihm einfach an Zeit. Er verdiente in der eigenen Branche genug. Na ja, Getreide ist kein sehr stolzes Blatt! Die Preise sinken. Die Welt produziert zu viel, und die Ernten sind unverschämt gut. Wie soll man da auf einen grünen Zweig kommen? Vielleicht könnte man einmal die ganzen Borräte verbrennen oder eine neue, Wunder wirkende Getreidekrankheit erfinden. Ei, würden dann die Preise in die Höhe jauchzen!

James erzählt einige erbauliche Dinge über die sinkende Konjunktur und über Rettungsaktionen, die auf anderen Gebieten unternommen werden müßten, damit man ein beinahe einstürzendes Haus stützen konnte. Das leuchtet ein, das macht einen seriösen Eindruck. Erikson braucht nichts über die wahren Motive zu erfahren, über die Auswüchse einer romantisch-kindlichen Spielerei und über ein glänzendes Geschäft, das mit den Randstaaten in Ordnung ging. Man wird immer bestraft, wenn man vom alltäglichen Weg beruflicher Pflichten abweicht.

„Die Zeiten sind schwer. Wissen wir, ob wir morgen noch unfer trockenes Bröckchen haben?“ Erikson nickt ernst, so ernst, wie nur Männer nicken können, die mit der Welt in Frieden leben und reichlich und gut gefrühstückt haben. „Vielleicht singen wir bald auf den Höhen das schöne Lied von dem wiederkehrenden, müden Wanderer. Wer kann in die Zukunft blicken? Vielleicht werien uns die Herren Bolschewisten Pionniere herunter.“ Er fährt hoch. „Ach, ist doch alles Quatsch, blühender Unsinn. Bis jetzt haben wir noch Gott sei Dank die Nacht, wir sitzen so fest in der Nacht, wie wir nicht einmal im Kaiserreich gefessen haben. Das Gesindel fühlt die Randare, die ihnen das lose Maul blutig reißt.“ Er schlägt mit der Faust auf den Tisch. „Hättest sehen sollen, James, wie die Hunde bellten, als ich Lohn- und Gehaltskürzungen vornahm und ein paar entlich. Und nachher kamen sie auf dem Bauch angewinkelt. Stempeln gehen ist kein Vergnügen, und jetzt schuitten sie Ueberstunden und triegen zehn Prozent weniger. Wir sind die Herren und werden sie bleiben, die anderen düfften sich dafür im Reichstag nicht tun.“ Sein Gesicht strahlt. Er sieht da, angefüllt mit Machtbewußtsein. Sekt und Helgoländer Hummern.

„Ich habe bisher noch nicht abgebaut. Mir erschienen die Erparnisse, die ich dabei mache, zu gering.“ Das ist tatsächlich die Meinung des Getreidekaufmanns James Silvester. (Fortsetzung folgt.)

Helft den Arbeitslosen.

Aufruf der Republikanischen Verbände zur Winterhilfe.

Das Kartell der Republikanischen Verbände Deutschlands hat folgenden Aufruf zur Winterhilfe erlassen: Republikaner! In den schweren Krisenjahren der Deutschen Republik haben die Republikaner immer und immer wieder bewiesen, daß sie aus nationaler Gesinnung Opfer für die Erhaltung und den Ausbau des jungen Staates bringen können. Der kommende Winter wird für uns alle, besonders aber für die vom harten Schicksal der Arbeitslosigkeit Betroffenen eine bitterste Notzeit sein. Unter Zurückstellung aller Ständes-, Berufs- und sonstigen Interessen ist jeder Deutsche verpflichtet, sein möglichstes zu tun, um die Not der breiten Volksmassen mit lindern zu helfen. Wir rufen darum alle auf zur republikanischen Nächstenhilfe! Diese Nächstenliebe muß sich auswirken in praktischer Hilfsbereitschaft. Darum gebe jeder, wo er entbehren kann und Sorge dafür, daß sein Nächster desgleichen tut. Um eine Heberorganisations auf dem Gebiete der Verteilung zu vermeiden, hat das Kartell der Republikanischen Verbände Deutschlands keine eigenen Sammel- und Verteilungsstellen eingerichtet. Darum gebe jeder seine Spende an die in Frage kommenden örtlichen Verteilungsstellen. Nähere Auskünfte geben jederzeit die örtlichen Geschäftsstellen der republikanischen Verbände.

Was wird mit den Aufbauschulen?

Schlimme Auswirkungen der Abschaffung der Schulgeldstaffelung.

Die Beseitigung der Schulgeldstaffelung droht besonders die vorwiegend von Proletariatskindern besuchten Aufbauschulen in ihrer Existenz zu gefährden. Da ist zunächst Neufölln mit seinen beiden, fast nur von Arbeiterkindern besuchten Aufbauschulen zu nennen. Es handelt sich um die Karl-Marx-Schule und die Käthe-Kollwitz-Schule.

An der Karl-Marx-Schule z. B. sind weit über die Hälfte aller Schüler vom Schulgeld gänzlich befreit. Nur ungefähr 5 Proz. bezahlen voll, während die anderen Schüler die Vergünstigung der Staffelung genießen. In einer Schule, in der bisher 95 Proz. aller Schüler entweder vom Schulgeld befreit oder im Besitz der Vergünstigung der Staffelung waren, sollen die mindereinstufigen Eltern jetzt das volle Schulgeld aufbringen, in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Not des arbeitenden Menschen ins Ungeheure gestiegen ist. Viele Väter sind arbeitslos oder arbeiten verkrüppelt. An der Karl-Marx-Schule müssen beim Inkrafttreten der Verordnung mindestens 75 Proz. der Schüler die Anstalt verlassen.

Eltern protestieren.

Eine Elternversammlung des Rönischen Gymnasiums und der Kämpf-Aufbauschule beschloß sich mit dem Magistratsbeschuß, der die Aufhebung der Schulgeldstaffelung vorseht. Die Versammlung nahm gegen die Sparmaßnahmen Stellung und sagte ihren Protest in einer Entschließung zusammen, in der es heißt:

Eine Erhöhung des Schulgeldes kann für den größten Teil der Elternschaft nicht in Frage kommen, weil Erwerbslosigkeit und Abbau der Gehälter und Löhne das Irre getan haben, um die Not auf eine ungläubliche Höhe zu schrauben. Vor einer Zusammenlegung der Klassen muß die Elternschaft aufs eindringlichste warnen, weil die Schüler dann das Ziel der Aufbauschulen nicht erreichen können; gegen eine Entlassung der jungen Lehrer muß die Elternschaft aufs entschiedenste protestieren, weil die Schüler dadurch die besten Freunde verlieren.

Behördenangestellte ohne Altersgrenze.

Die prinzipielle Frage, ob Behördenangestellte ebenso wie Beamte einer Altersgrenze unterliegen, wurde heute erstmalig vor dem Arbeitsgericht Berlin entschieden.

Bei der Preussischen Staatsbank (Sechsbank) war seit dem Jahre 1914 ein Fräulein B. als Angestellte beschäftigt. Da sie im November 65 Jahre alt wird, kündigte ihr die Staatsbank zum 31. Dezember d. J. ihren Anstellungsvertrag. Die Behörde rechtfertigte diese Maßnahme mit dem § 43 des Preussischen Angestelltenvertrages, nach dem Dauerangestellte, d. h. Angestellte mit mehr als 10jähriger Dienstzeit, nur bei Vorliegen eines „wichtigen Grundes“ entlassen werden dürften. Daß als ein derartig wichtiger Grund die Altersgrenze von 65 Jahren anzusehen sei, belegte die Behörde mit einem im Jahre 1928 zustandekommenen Zusatzabkommen, in dem die Möglichkeit gegeben sei, daß mit Angestellten, die bereits 65 Jahre alt und noch im Dienst sind, ein besonderer Vertrag abgeschlossen werden könne, um die Herabsetzung des Gehalts um den Betrag herbeizuführen, den die Rente betrage. Gegen diese Kündigung hatte die Angestellte Einspruch erhoben. Sie bestritt in der heutigen Verhandlung, daß ihr Alter von 65 Jahren ein „wichtiger Grund“ im Sinne des Tarifvertrages sei. Auf den gleichen Standpunkt stellte sich auch das Gericht, das ihrer Einspruchsklage stattgab. In der Begründung führte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Schöner, aus, daß das Zustandekommen nichts mit dem § 43 zu tun habe, und daß das Alter von 65 Jahren durchaus kein wichtiger Grund sei, eine Dauerangestellte zu entlassen. Das bedeute, daß es für die Behördenangestellten keine Altersgrenze gibt, wie sie für die Beamten besteht.

Formalrechtlich befindet sich also die Preussische Staatsbank im Unrecht. Nach dem sozialen Empfinden — vor- ausgesetzt es sollte für die Bekündigte wirklich eine andere Arbeits- kraft eingestellt werden — hat die Preussische Staatsbank aber recht. Das formale und das soziale Recht werden in Einklang gebracht werden müssen.

Postwagen eines Personenzuges ausgebrannt.

Frankfurt a. M., 9. September.

Im Personenzug Frankfurt-Leipzig brannte vergangene Nacht in der Nähe der Station Hleben bei Fulda ein Postwagen, der als Postwagen der Post mittel, vollständig aus. Sämtliche Pakete wurden durch das Feuer vernichtet. Die Post konnte bisher noch nicht feststellen, wieviel Pakete sich in dem ausgebrannten Wagon befanden.

Wohltätigkeitsveranstaltung der Feuerwehr. Das geplante Sommerfest im Lunapark zugunsten des Erhaltungsfonds der Berliner Feuerwehr mußte wegen schlechten Wetters am letzten Sonnabend ausfallen. Es findet daher eine Wiederholung der Wohltätigkeitsveranstaltung am kommenden Sonnabend und Sonntag, dem 12. und 13. September, statt. Eintrittskarten zum Vorzugspreise von 50 Pf. einschließlich zwei Freiattributionen sind an den Theatertassen der Warenhäuser Wertheim, Tiep und Karstadt sowie auf den Feuerwachen noch erhältlich, die bereits gelösten Karten behalten ihre volle Gültigkeit.

Todessturz in Staaken

Flugzeugtragflächen in 150 Meter Höhe gebrochen — Pilot getötet

In Staaken bei Spandau stürzte gestern am späten Nachmittag der Berliner Rechtsanwalt Dr. Reichauer mit dem Übungsflugzeug D 1964 aus großer Höhe ab. Die Maschine zerfiel unweit des Bahnhofs Staaken, der Pilot wurde auf der Stelle getötet.

Das Unglücksflugzeug gehört zum Maschinenpark der Staaken Flieger Schule. Es handelt sich um ein Sportflugzeug der Type Klemm L. 26. Erst vor kurzer Zeit hatte der tödlich verunglückte Anwalt, der im 35. Lebensjahr steht, bei der Fliegerschule den Flug- schein A erworben. Dr. Reichauer hatte schon wiederholt allein Übungsflüge unternommen, auch gestern war er gegen 17 Uhr wieder zu einem längeren Flugflug aufgefliegen. Der Pilot befand sich knapp zehn Minuten in der Luft, als sich plötzlich zum Entsetzen zahlreicher Zuschauer das furchtbare Unglück ereignete. Als der Anwalt in etwa 150 Meter Höhe mit seinem Apparat eine scharfe Kurve ausführte,

riß die Tragflächen ab und der Kumpf sauste in die Tiefe.

Das Flugzeugwrack ging auf einem Acker völlig in Trümmer. Dr. Reichauer wurde einige Meter entfernt tot aufgefunden; bei dem Aufprall war er aus dem Führeritz geschleudert worden. Die Trag- flächen wurden unweit der Absturzstelle ziemlich unbeschädigt auf- gefunden.

Bei der Untersuchung der Flugzeugtrümmer wurde festgestellt, daß alle vier Holme, die Hauptstützen also, durchgebrochen waren, während die Bolzen, mit denen die Flügel am Kumpf be- festigt sind, dagegen keine Beschädigungen aufwiesen. Nach diesem

ersten Befund neigen Flugsachverständige zu der Annahme, daß durch eigenes Verschulden des Piloten der Absturz verursacht worden ist. Damit decken sich auch die Wahrnehmungen von Augenzeugen, die beobachteten, daß Dr. Reichauer nach der Steilkurve zum Sturz- flug überging, wobei die Maschine der überaus starken Beanspruchung nicht standhielt.

Demnach scheint ein Konstruktionsfehler nicht vor- zuliegen, zumal die Klemm-Apparate als besonders gut und solide einen Namen haben. Die Trümmer des abgestürzten Flugzeugs und die Leiche des getöteten Führers sind beschlagnahmt worden.

Verkehrsunfall im Westen.

Autobus gegen Straßenbahn. — Sieben Verletzte.

An der Ede Mohr- und Neue Ansbacher Straße im Westen Berlins ereignete sich gestern nachmittag ein folgenschwerer Zu- sammenstoß zwischen einem Autobus der Linie 19 und einer Straßenbahn der Linie 51. Sieben Fahrgäste erlitten Verletzungen.

Bei dem sehr heftigen Zusammenprall wurde der Autobus schwer beschädigt. Während die Fahrgäste der Straßenbahn sämtlich unverletzt blieben, wurden sieben Fahrgäste des Autobus zum größten Teil durch Glassplitter erheblich verletzt. Mehrere Ver- unglückte mußten die Hilfe der nächsten Rettungsstelle in Anspruch nehmen. Der schwerbeschädigte Autobus wurde später abgeschleppt. Durch den Vorfall wurde eine empfindliche Verkehrsstörung ver- ursacht.

Spart nicht an der Jugend!

Erfolge der Fürsorge — Weniger Fürsorgezöglinge — Jugendwohlfahrt in Gefahr

Die Statistik verzeichnet die erstaunliche Tatsache, daß seit dem Jahre 1924 die Zahl der Fürsorgezöglinge in Berlin stetig zurückgegangen ist, obwohl in diesem Zeitraum die wirtschaftliche Not infolge steigender Arbeitslosigkeit gewachsen ist. Noch bis zum Jahre 1923 war ein Ansteigen der Zahl der Fürsorgezöglinge in Berlin zu beobachten. Im Jahre 1924 konnte zum ersten Male ein

Reinickendorf. Die unter den Bezirken eingetretene Verminde- rung der Zahl der Fürsorgezöglinge mag zum Teil zurückzuführen sein auf die durch Anlegung neuer Siedlungen erfolgte Veränderung der sozialen Struktur einzelner Bezirke.

Allgemeine Funktionärerversammlung

heute Donnerstag, den 10. September, 19 1/2 Uhr, im großen Saal des Spalbau Friedrichshain. Am Friedrichshain 16—23

Vortrag: Die wirtschaftspolitische Situation

Referent: Dr. Rudolf Hilferding, MdR.

Zutritt nur unter Vorlegung des Parteimitgliedsbuches mit gleichlautender Funktionärkarte!

Rückgang der Fürsorgezöglinge, und zwar um 15 Proz. gegenüber dem Vorjahre festgestellt werden. Vom Jahre 1926 ab betrug der Rückgang in jedem Jahre gegenüber dem Vorjahre weiterhin zehn Prozent; in den letzten beiden Jahren, also seit 1928, sogar 30 Proz. Am 31. März 1931 wurden in Berlin 5112 Fürsorgezöglinge ge- zählt, das sind 11,84 Zöglinge auf 10 000 Einwohner. Am 31. März 1929 waren es 7306 Zöglinge oder 17 auf 10 000 Einwohner.

Ein Rückgang der Zahl der Fürsorgezöglinge an sich ist zwar in allen Bezirken zu verzeichnen. Das Maß des Rückgangs ist aber, wie die Verhältniszahl aus dem Jahre 1929 zeigt, in den einzelnen Bezirken sehr verschieden. Auffällig ist, daß die Abnahme der Fürsorgezöglinge in den vorwiegend proletarischen Bezirken Weihensee, Wedding, Treptow, Neukölln, Köpenick, Friedrichshain, Mitte, Kreuzberg, Spandau und Prenzlauer Berg früher ist als in den westlichen Bezirken Wilmersdorf und Schöneberg. Die ver- hältnismäßig niedrigste Zahl der Fürsorgezöglinge hat Reinickendorf, was bei der sozialen Lage der Bevölkerung dieses Bezirks nicht überrascht. Ihm folgt der Bezirk Treptow, der dank seiner Arbeiterquartiere in Niedershof, Ober- und Niederhörnemeide, Jo- hannisbal und Altglienicke eine vorwiegend proletarische Bevölker- ung besitzt. An dritter Stelle steht der westliche Bezirk Steglitz und an vierter der wiederum mehr proletarische Bezirk

Die wertvolle Arbeit der Jugendpflege.

Die Ursache für den sehr starken Rückgang der Fürsorge- zöglinge in Berlin ist zweifellos in erster Linie in der Tatsache be- gründet, daß alle Jugendämter, wenn auch nicht im gleichen Maße, gegenüber der nachgehenden Fürsorge durch Zwangsmaß- nahmen die vorbeugende Fürsorge und die Jugendpflege bevorzugt haben. Ein rechtzeitiges Eingreifen vermag ja auch in vielen Fällen Kinder und Jugendliche vor einem Hinabsinken auf die tiefste Ebene zu bewahren. Die erzieherische wertvolle Tätigkeit der Kindergärten, Kinderheime und Jugendheime und nicht zuletzt die besonderen Hilfsmöglichkeiten für die arbeitslosen Jugend- lichen haben deutlich sichtbare Erfolge gezeigt.

Andererseits darf aber auch nicht verkannt werden, daß in den letzten beiden Jahren die Vormundschaftsrichter infolge der zahlreich bekanntgewordenen Mißstände in Fürsorgeerziehungsanstalten sehr zurückhaltend gegenüber Anträgen auf Ueberweisung Jugend- sichter in Fürsorgeerziehung waren. Dies durchaus berechtigte spe- zifische Verhalten gegenüber der Fürsorgeerziehung kann aber nur einen praktischen Wert haben, wenn gleichzeitig die oben angeführ- ten Mittel der vorbeugenden Fürsorge und Jugendpflege in stär- kerem Maße angewendet werden. Unverantwortlich wäre es, weder Fürsorgeerziehung noch vorbeugende Maßnahmen zu er- greifen. Diese völlige Negation würde den völligen Bankrott der Jugendwohlfahrt überhaupt zur Folge haben. So ver- pflichtet die an sich erfreuliche Tatsache des Rückganges der Für- sorgeerziehung in Berlin die verantwortlichen Kreise der Stadt, die bewährten Jugendpflegeeinrichtungen auch in dieser Zeit großer finanzieller Not nicht abzubauen. Ein Abbau auf diesem Gebiete wäre nicht nur ein sozialer und pädagogischer Rückschritt, der das moralische Niveau unserer Jugend herabdrücken müßte, er würde, wenn auch nicht sogleich, so doch später erhöhte finanzielle Opfer für die nachgehende Fürsorge Stadt und Staat auferlegen. In der Er- zählung haben sich immer noch rechtzeitig ergriffene vorbeugende Maßnahmen billiger erwiesen als die der nachgehenden Für- sorge. Stadtrat Max Peters.

Brunnenstr. 6/7 — bauliches Konstrum.

Wenn man an alten Häusern, die mehr abriß- als erweiterungs- fähig sind, noch großartige bauliche Veränderungen vornimmt, haben naturgemäß seine Bewohner darunter zu leiden. So bekommt jetzt das betagte Häuserpaar Berlin N., Brunnenstraße 6/7, in seine Höfe einen Woolworth-Laden eingebaut; von der Kompliziertheit, Gefährlichkeit und wüsten Szenerie der Bauarbeiten kann sich nur derjenige einen Begriff machen, der auf den Trümmern dieses nördlich-berlinischen Karthago herumjonglierte.

Vor allem ist das Haus Nr. 6 gänzlich, das Nr. 7 zum Teil seines Hofes beraubt worden, und man kann sich ja vorstellen, wie kompliziert sich jetzt hauptsächlich für die Bewohner des Quer- gebäudes und der Seitenschügel der Zugang zu ihren Wohnungen gestaltet; sie können jetzt zum Teil ihren eigentlichen Hauseingang gar nicht mehr benutzen, sondern müssen über einen auf dem Dach des künftigen Geschäftsladens gebauten Gang, um nach dem Hof des Hauses Nr. 7 und von da auf die Straße zu gelangen. Bis zum ersten Stock ist der vordere Hof gänzlich verbaut und die dazwischen mündenden Wohnungen wurden teils geräumt, zum Teil mit Balkongängen nach dem erwähnten Dachgang versehen. Das Schlimmste aber ist, daß sämtliche Müll- und aller Unrat sowie die zu klappenden Teppiche über die Straße nach dem Haus Nr. 7 gebracht werden müssen. Das Haus Brunnenstraße 6 besitzt jetzt überhaupt keinen Hof mehr, seine Bewohner sind gänzlich auf die Straße angewiesen, die gerade hier an Beschmutzung, Staub und Lärm mehrschuldig nichts zu wünschen übrig läßt.

Bei Feuersgefahr sind die Hausbewohner der rückwärtsgelegenen Wohnungen von der Flucht ins Freie so gut wie abgeschnitten.

Man erwog den Bau einer Treppe, die von dem Dachgang über das Dach hinunter nach dem Hof führt, doch ist dieser Plan so gut wie unausführbar, da Glatteis oder Regen, dann, sofern es sich um kleine Kinder oder gebrechliche Menschen handelt, sich diese Tura-

übung als allzu gefährlich erwie. Im übrigen ist das Haus, wie oben erwähnt, solchen Experimenten überhaupt nicht mehr gewachsen; es zeigen sich jetzt überall klaffende Risse, Sprünge, der Ber- eich bröckelt von der Wand, Fenster- und Türrahmen ploßen, nichts schließt mehr richtig, und wenn die Hausbewohner sich mit ihren berechtigten Klagen an den ökonomisch veranlagten Herrn Hauswirt wenden, dann schickt dieser sie zur Baufirma. Es wäre im Interesse der körperlichen Sicherheit sowie vom Standpunkt einer gesunden Wohnweise einer ganzen Reihe von Menschen unbedingt erforderlich, daß von geeigneter Stelle hier gründlich nach dem Rechten gesehen wird. Wir hoffen auch, daß sich die Baupolizei über diesen Fall äußern wird.

Worüber spricht man in Amerika?

Zwischen der Reichsrundfunkgesellschaft und der National Broadcasting Corporation in New York ist vereinbart worden, daß regelmäßig an jedem zweiten Freitag Kurz- vortrage aus Amerika von 15 Minuten Dauer unter dem Titel „Worüber spricht man in Amerika?“ gebracht werden sollen. Die Vortrage werden in Washington von dem dortigen Vertreter des N.B.C., Kurt G. Sell, gehalten werden. Es ist beabsichtigt, die Kurzvortrage in der Zeit von 20 bis 20.15 Uhr über den Deutsch- landsender zu geben, dem sich von Fall zu Fall andere Sender an- schließen werden. Der nächste Vortrag, mit dem Sell seine schon kürzlich begonnene Sendung fortsetzt, ist bereits für Freitag, den 18. September, vorgesehen. Sollte die Vortragreihe den Erfolg haben, der zu erhoffen ist, so wird die Reichsrundfunkgesellschaft eine Gegenreihe „Worüber spricht man in Deutschland?“ einrichten.

Kulshera feiert seinen fünfzigsten Geburtstag. Nach erfolg- reicher 24jähriger Selbständigkeit feiert der bekannte Cafetier und Restaurateur Stini Kulshera am 13. September (seiner 50. Ge- burtstag.

Magnatenherrschaft - Reichsbankreform - Arbeitszeitverkürzung!

Scharfe Kritik eines deutschen Metallindustriellen.

Die folgende scharfe Kritik der offiziellen Reichs- und Unternehmerpolitik ist eine Zuspitzung eines bekannten deutschen Metallindustriellen an den „Vorwärts“.

Der Zusammenbruch der Danabank und die Stützung der Dresdner Bank zeigen mit aller Deutlichkeit, daß wir nicht mehr in einer Zeit leben, in welcher der Großunternehmer mit der Gewinnchance auch das Risiko des Unternehmens trug.

Macht bei wenigen hochbezahlten Leuten liegt, die kaum noch ein Risiko tragen.

wenn sie sich auch stets mit der „fürchtbaren Verantwortung“ brüsten, die auf ihnen lastet während die Sache von denjenigen bezahlt werden muß, die keinen Einfluß auf die Gestaltung ihres eigenen Geschickes haben.

Über auch die Reichsbank kann nicht mehr in dem bisherigen Abhängigkeitsverhältnis von den Banken bleiben.

Die Reichsbank hat ja, was viel zu wenig beachtet wird, nicht mehr die Stellung, welche sie bis zum Dawes-Abkommen besaß und die die Notenbanken in den meisten anderen Großstaaten haben.

Wirkliche Krisenursache: Rationalisierung ohne Preisfaltung.

Die wirklichen Ursachen der speziellen deutschen Wirtschaftskrise - das darf nicht vergessen werden - sind ja nicht die Kreditkürzungen des Auslandes. Hier wird das Symptom mit der Ursache verwechselt.

Der springende Punkt liegt tatsächlich aber wo anders.

Wir haben seit dem Jahre 1925 unsere Rationalisierung derart vorwärts getrieben, daß wir Anfang 1929 allein in der Industrie von 12 Millionen Arbeitern nur noch 10 Millionen brauchten, um dieselbe Warenmenge herzustellen.

Praktiken einer Genossenschaftsbank, hinter den Kulissen der Darmstädter Volksbank.

Auf der Genossenschaftsversammlung der zusammengebrochenen Darmstädter Volksbank e. G. m. b. H., einer typischen Handwerker- und Mittelstandsbank, kamen Dinge über die Geschäfts-politik zur Sprache, die jeder Beschreibung spotten.

Reichsbank nach der Dinstoffentung. Befriedigende Entlastung. - Stärkerer Devisenzufluß.

Der erste Ausweis der Reichsbank nach der letzten Dinstoffentung von 10 auf 8 Proz. zeigt, daß irgendwelche ungünstigen Folgen dieser Maßnahme nicht eingetreten sind.

Das Ende der Exzelsiorwerke am Ende. Das führende Brandenburger Unternehmen verschwindet.

Am 15. September wird die Generalversammlung der Exzelsior-Fahrradwerke A. G. in Brandenburg a. d. H. zu dem Antrag der Verwaltung auf Liquidation des Unternehmens Stellung nehmen.

beispiellosen deutschen Rationalisierung ist auch die notwendige Kürzung der Arbeitszeit übersehen worden, an der man jetzt einfach nicht mehr vorbeikommt.

Die modernen Industriellen wie Handelsunternehmungen haben einen komplizierten Apparat, große Maschinenparcs, Häuser oder Bürogebäude, welche alle einen hohen Kostenbetrag, der sich nicht abbauen läßt, die sogenannten fixen Kosten verursachen.

Französische Einfuhrverbote. Deutsche Holzeinfuhr stark betroffen.

Die französische Regierung hat mit Wirkung vom 4. September für Wein und Holz Einfuhrverbote erlassen. So wenig das Einfuhrverbot für Wein deutsche Interessen berührt, so stark wird der deutsche Export nach Frankreich durch das Holzeinfuhrverbot betroffen.

Reichsbank nach der Dinstoffentung. Befriedigende Entlastung. - Stärkerer Devisenzufluß.

Der erste Ausweis der Reichsbank nach der letzten Dinstoffentung von 10 auf 8 Proz. zeigt, daß irgendwelche ungünstigen Folgen dieser Maßnahme nicht eingetreten sind.

Praktiken einer Genossenschaftsbank, hinter den Kulissen der Darmstädter Volksbank.

Auf der Genossenschaftsversammlung der zusammengebrochenen Darmstädter Volksbank e. G. m. b. H., einer typischen Handwerker- und Mittelstandsbank, kamen Dinge über die Geschäfts-politik zur Sprache, die jeder Beschreibung spotten.

Reichsbank nach der Dinstoffentung. Befriedigende Entlastung. - Stärkerer Devisenzufluß.

Der erste Ausweis der Reichsbank nach der letzten Dinstoffentung von 10 auf 8 Proz. zeigt, daß irgendwelche ungünstigen Folgen dieser Maßnahme nicht eingetreten sind.

Das Ende der Exzelsiorwerke am Ende. Das führende Brandenburger Unternehmen verschwindet.

Am 15. September wird die Generalversammlung der Exzelsior-Fahrradwerke A. G. in Brandenburg a. d. H. zu dem Antrag der Verwaltung auf Liquidation des Unternehmens Stellung nehmen.

Reichsbank nach der Dinstoffentung. Befriedigende Entlastung. - Stärkerer Devisenzufluß.

Der erste Ausweis der Reichsbank nach der letzten Dinstoffentung von 10 auf 8 Proz. zeigt, daß irgendwelche ungünstigen Folgen dieser Maßnahme nicht eingetreten sind.

Praktiken einer Genossenschaftsbank, hinter den Kulissen der Darmstädter Volksbank.

Auf der Genossenschaftsversammlung der zusammengebrochenen Darmstädter Volksbank e. G. m. b. H., einer typischen Handwerker- und Mittelstandsbank, kamen Dinge über die Geschäfts-politik zur Sprache, die jeder Beschreibung spotten.

auf das bitterste rächen, daß die große Chance der Umsatzerweiterung, die in der Auswertung der Rationalisierung zu Preisenkungen lag, so jämmerlich vertan wurde.

Es zeigt sich heute mit aller Deutlichkeit, daß es unmöglich war, daß die gesamte technisierte Welt gleichzeitig im Tempo rationalisiert und durch unkluge Politik Arbeitermassen auf die Straße wirft, die zu über 90 Proz. Abnehmer nur von Verbrauchsgütern sind.

Kürzere Arbeitszeit.

Heute kann auch eine Senkung der Verkaufspreise, abgesehen von den Kartellprodukten, hier nicht mehr viel helfen, denn wer nichts mehr hat, außer unzureichender Unterstützung, kann auch durch niedrige Preise nicht zum Kaufen veranlaßt werden.

Von den Forderungen der Bank sind 5 Mill. Mark als höchst zweifelhaft anzusehen. - Daß die Bankleitung es mit der restlosen Klärung der Situation nicht sehr eilig hat, kennzeichnet die Tatsache, daß der Genossenschaftsversammlung noch kein Status vorgelegt werden konnte.

Die Zustände bei der Darmstädter Volksbank erweisen aufs neue die Notwendigkeit einer verschärften Kontrolle bei den gewerblichen Genossenschaftsbanken.

Exzelsiorwerke am Ende.

Das führende Brandenburger Unternehmen verschwindet.

Am 15. September wird die Generalversammlung der Exzelsior-Fahrradwerke A. G. in Brandenburg a. d. H. zu dem Antrag der Verwaltung auf Liquidation des Unternehmens Stellung nehmen.

Damit wurde also ein bedeutendes Unternehmen der Brandenburger Metallindustrie und eine der bekanntesten Markenfabriken der Fahrradindustrie endgültig den Betrieb schließen.

Der jetzt vorgelegte Abschluß der Exzelsiorwerke für 1930/31 zeigt den schnell fortschreitenden Kapitalchwund bei der Gesellschaft. Der Reservefonds war bereits Ende 1929 aufgebraucht und seit 1928/29 sind die Verluste von 0,56 bis auf rund 1,6 Millionen gestiegen.

Das Ende der Exzelsiorwerke ist ein besonders unerfreuliches Kapitel aus der Geschichte des Niederganges im Fahrradbau. Die Fahrradindustrie ist seit der Inflation einer grundlegenden Rationalisierung, die in einer Anpassung des stark übersehten Produktionsapparates an die Abnahmemöglichkeiten bestehen mußte auswichen.

Bankgeschäft in Berlin stellt Zahlungen ein. Das Berliner Bankgeschäft Burghardt, Haffinger u. Co. hat infolge der anhaltenden Abhebungen durch die Kundchaft und die starken Kursrückgänge bei Wiedereröffnung der Börse seine Zahlungen einstellen müssen.

Konkursantrag gegen Coeds. Wegen des Berliner Konfektionshaus Gustav Coeds, das kürzlich seine Zahlungen einstellen mußte, ist von mehreren Gläubigern beim Amtsgericht Berlin-Mitt. Konkursantrag gestellt worden.

W. Schischkow: Die tatarische Manier

Senka Wolobuchin brach plötzlich in ein Gelächter aus, verschluckte sich an der Grütze, warf den Löffel hin und begann zu husten.

„Mein Gott, was hast du nur“, sagte seine alte Großmutter. „Die Grütze ist dir wohl in die falsche Kehle geraten? Ist dir was Lustiges eingefallen?“

„Ja, was Lustiges, Großmutter Agafja“, antwortete der Bursche und wuschte sich die Tränen aus den Augen.

Der Eisenbahner Senka ist ein breitschulteriger lockiger junger Mann, er hat Grübchen in den roten Backen und einen zum Nüchtern neigenden Mund mit rötlichem Schnurbärtchen. Er hat für die Feiertage zwei Wochen Dienstaufenthalt genommen und läßt es sich jetzt auf dem Hofe bei der Großmutter, seiner einzigen Verwandten, gut gehen.

„Was ist es denn, das dir so lustig vorkommt, he?“ fragte die Großmutter lächelnd. „Wart, ich bring dir ein Krüglein Milch.“

Senka blies gewaltig auf die Milch, daß die toten Fliegen nur so an die Ränder stoben, und saugte am Krug wie ein Kälbchen am Euter.

„Na, also denn“, begann er mit Stentorstimme und blies dabei die alte stolz an. „Wie dir nicht unbekannt sein dürfte, Großmütterchen, bin ich auf dem zwanzigsten Streckenabschnitt das Oberhaupt der Draifine. Wieso ich das Oberhaupt bin? Weil ich hier oben“, der Bursche klopfte sich an die Stirn, „viel drin habe. Und eben deshalb unterstehen meinem Oberbefehl fünf bärtige Ruschiks. Nun wohnt aber an demselben Streckenabschnitt der älteste Streckenmeister Dornotow — ein bärtiger dicker Mann, das jetzt quillt nur so aus ihm wie aus einem Hammelbraten. Nun gut. Gut, aber doch nicht sehr gut. Warum? Darum, weil der Streckenmeister sich durchaus noch eine zweite Frau zulegen wollte. Hier auf machte seine erste Frau eine Gegen demonstration. So daß es zwischen den Weibern fast zu einer Ohrfeigerei gekommen wäre. Iwan Petrowitsch zog jedoch dies alles mit in Ermägung und schrie seine Frau an: „Standal hin, Standal her, eine zweite Gattin werde ich nun aber doch haben. Hat sich was“, schrie er, „heutzutage dürfen sich das selbst die hochwürdigen Bischöfe erlauben!“ Kurz und gut, er ließ sich nicht einschüchtern und erkor ein Mordsweld, stramm wie ein Roß, die rothaarige Soldatenwitwe Arina Mitrowna. Die aber, nicht dumm, verlangte sicherheitsshalber die Eheflehlung nach dem Sowjetgesetz.“

„Sieh mal einer an!“ unterbrach ihn die Großmutter und rühte die Lippen zusammenpressend, ärgerlich das Tuch auf ihrem greisen Haupt zurecht. „Der hätte ich eine Ehe gegeben! Hast du übrigens schon gehört, daß unser Kolka jetzt an Stelle des Popen steht... Er besorgt die Trauungen nach Sowjetart in ein Buch hinein...“

„Weiß schon“, sagte Senka, blies die Fliegen und schlürfte aus dem Milchkrug. „Der Kolka hat sie ja auch getraut. Nun gut. Gut, aber doch nicht so ganz. Warum? Darum, weil es zwischen den zwei Weibsbildern zu Unstimmigkeiten kam. So zum Beispiel wegen des Pfingstkleides. Es sollten beide Kleider aus einem Tuchstück genäht werden, die zweite Frau aber, Arina, die Rothaarige, verlangte überdies eine Spitze um den Hals. Barwara Timofejewna dagegen ging mit aller Heftigkeit ihres Charakters vor, sie stampfte mit dem Fuß aus Zorn über die Rothaarige, schrie und brach in Tränen aus, denn sie ist so eine Art Zigeunerin. Dann wieder gab es einen Konflikt wegen der Enten, weil man die nicht redlich geteilt hatte. Der Hauptkonflikt aber drehte sich um die Bequemlichkeit, von wegen des Schlafens. Und da geschah es nun, daß Iwan Petrowitsch selber, nachdem er lange still zugehört hatte, plötzlich wie ein Stier losbrüllte: „Ich bin doch kein Ezpreshug, der sich nach dem Fahrplan zu richten hat!“ und zu der Rothaarigen ging. Na, klare Sache, nun hatte die Rothaarige ihre Bequemlichkeit, die Schwarze aber heulte.“

Dann kam allmählich Frieden zwischen den beiden Weibern. Tagsüber ging alles gut — sie arbeiteten, unterhielten sich —, taum aber näherte sich die Nacht, so machte auch schon die Schwarze ihren Konflikt geltend. Eines Tages nun haut Arina nach einem Wortkonflikt der Barwara Timofejewna eine hinteres Ohr; die aber ergriff sofort die Angriffsstatist, packt ein Bügelisen, schmeißt es — und trifft daneben, packt ein Tintensaß — und platzt es ihr in die rothaarige Fresse. Gerade zur selben Zeit aber kopft ihrer beider Gemahl an die Hiirtür, zusammen mit dem Bevollmächtigten von der Gewerkschaft, Lyschkin ist sein Name — sie kamen gerade von der Bahnstrecke zurück. „Da“, zerkerte Arina, „sehen Sie sich das mal an, blutig geschlagen hat sie mich, die Nase hat sie mir zertrümmert und auch auf dem Boden ist Blut!“ Unglücklicherweise war es nämlich ausgerechnet rote Tinte gewesen. „Beim Volksgericht werde ich sie verklagen, die läufige Hündin!“ schrie Arina Mitrowna.

Das war dem Iwan Petrowitsch sehr peinlich, und er suchte den Standal zu vertuschen. Der Genosse Lyschkin jedoch sagte: „Wenn Sie schon von der tatarischen Manier Gebrauch machen, so erlaube ich Sie, Ihre zwei Frauen räumlich zu trennen.“ — „Zu Befehl!“ sagte Iwan Petrowitsch und rief mich am nächsten Tag zu sich. „Hören Sie mal, hochverehrter Genosse Semjon Afanasjewitsch Wolobuchin: so höflich redete er mich höchstpersönlich an, Großmütterchen, da du das Oberhaupt der Draifine bist, so schaffe bitte die Arina Mitrowna zu meinem Schwiegervater, denn sie benötigt den Genuß frischer Luft, dort aber befindet sich ein Wäldchen, und die Maulbeerbäume blühen gerade.“ Ich sage: „Ihr Sowjetischwiegervater, der Papa der Arina Mitrowna, ruht doch längst auf dem Friedhof.“ Iwan Petrowitsch aber sagt: „Zu meinem richtigen Schwiegervater, meine ich, zum Vater der Barwara Timofejewna.“ Hierauf sage ich: „Der ist aber doch ein Greis mit Charakter, er könnte mir also für so eine lebendige Frucht eins in die Fresse hauen, belieben Sie darum, bitte, mir einen Fruchtbrief oder eine Instruktion mitzugeben.“ — „Das macht nichts“, sagte er, „ich habe mit ihm hierüber schon ein telephonisches Sujet gehabt.“

Kurz und gut, ich sehe Arina Mitrowna auf weiche Kissen und rolle mit den vier meiner Führung anvertrauten Ruschiks los. Ich selber also, als Oberhaupt der Draifine, habe die Hände in den Hosentaschen und peife mir eins vor mich hin, während die Ruschiks die Kurbel drehen. Immer feste draußlos, keine Stodung — so schleichen wir dahin. Und da sage ich: „Nun sehen Sie, Arina Mitrowna, wohin Sie es mit Ihren ewigen Konflikten gebracht haben: jetzt ist mir schon befohlen worden, Sie sechsunddreißig Werkst weit fortzuschaffen.“ — „Was ist denn da weiter dabei“, erwiderte sie, „so werde ich wenigstens meine Ruhe haben. Und in einer Woche komme ich zu meinem Gemahl zurück, während Barwara statt meiner fort muß. So wird das nun jede Woche gemacht. Das werden Sie doch selbst sagen müssen, hochverehrter schöner Semjon Afanasjewitsch, daß ich gar keine Ruhe mehr hatte...“ „Ach, was für schöne Blümchen! Könnten Sie nicht die Draifine halten lassen?“ — „Für andere Dinge das eigentlich nicht, Ihnen zuliebe aber wohl“, antwortete ich, meiner Pflichten wohl bewußt, „denn die Draifine steht im Staatsdienst und die Arbeiter

ebenfalls.“ Ich befehle den Arbeitern, sich irgendwohin zu entfernen, ich selber aber ging mit Arina ins Wäldchen, als hätten wir ein Sträußchen pflücken wollen. Hier nun erlebte ich mich, sie in die Hüfte zu zwicken. Sie aber ließ sich nichts anmerken. „Ach“, sagte sie, „wie wenig angenehm mir doch der Iwan Petrowitsch ist, nur meine Armut trieb mich ja zu ihm.“ Darauf sage ich: „Sie sind sehr schön, und sowohl im Hinblick auf Körperwuchs als auch auf andere Trophäen kann sich jene Zigeunerschnauze, die Schwarzhaarige, mit Ihnen nicht messen.“ Sie lächelte, ich aber kniff sie in die andere Hüfte. Doch sie ließ sich wieder nichts anmerken. Darauf begann ich, mit ihr gleichsam auf leichte Manier zu resümieren, und wir begaben uns danach wieder zur Bahnstrecke. Dann nahmen wir Platz und rollten dahin. Ich sah da als Oberhaupt, die Arbeiter turbelten.

Am Ziel angekommen, nahm ich nun an, der Vater der Barwara Timofejewna werde diese Rothaarige heute, daß die Federn nur so fliegen würden. Der aber sagte, statt Beutelei oder überhaupt eines Konflikts: „Das macht nichts... Wir haben jetzt ganz neue Lebenssitte, sehr gute Lebenssitte, und ich beginne sogar, an der Echtheit der Heiligenscheibe zu zweifeln.“ Ich bestärkte ihn sofort in seiner Denkart, sagte: „Auf Wiedersehen!“, während Arina, die Rothaarige, mir noch das Geleit gab mit den Worten: „In einer Woche, Senja, fahre ich wieder mit dir, den Gefangenen der Nachtigallen zu resümieren.“ Und sie zwinkerte dazu und formte die Lippen zu einem Rührchen.

Nun gut. Ich kehrte zurück, und ein Wäldchen darauf schaffte ich Barwara Timofejewna fort, als Lauchswurz die Arina. Als mir achtzehn Werkst weit fortgerollt waren, sagte ich: „Hier erfolgt die Ablösung der mir anvertrauten Arbeiter. Hätten Sie vielleicht Lust, etwas abseits rosa Blümchen zu pflücken oder ein wenig Pilze zu suchen?“ Wir begaben uns also ins Wäldchen, wobei ich

mich bemühte, immer wieder aufs gleiche zu zielen. „Ich kann gar nicht begreifen“, sagte ich, „was Iwan Petrowitsch an der rothaarigen Ziege finden konnte. Die ist doch eine Vogelscheuche, Sie aber sind im Besitz von allem, was man nur verlangen kann: schöne Augen, rote Wanglein, süße Lippen“, und so weiter in der gleichen Art. Sie hörte mich ruhig an, lächelte entgegenkommend, ihr Anblick war sehr lieblich, nur im Wuchs war sie etwas zu kurz geraten, ihre Beinchen jedoch fühlten sich mollig an. Wie ich nun sah, daß die Sache auf Nötern stand wie ein Eisenbahnwagen, da sprach ich voll Inbrünstiger Leidenschaft: „Immerhin, ich bin das Oberhaupt der Draifine, Sie hingegen sind eine verflochtene Gemahlin, und so bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als mit mir zu resümieren, soviel Sie nur wollen.“ Und nachdem ich diese Parole verkündet hatte, legte ich meine Fragen um sie und gab ihr einen Schmah auf die Lippen. „Ach“, sagte sie, doch schon war es zu spät. Ueber die Schlussfolgerungen aber, hochwertiges Großmütterchen, schweigt sich die Geschichte aus.

Nun gut. Ich brachte also die Zigeunerin zu ihrem leiblichen Papa, übernachtete und sagte am Morgen: „Belieben Sie mir, bitte, die Arina Mitrowna zu übergeben.“ Mit dieser fuhr ich dann auf die gleiche Manier: Fahrtunterbrechung, Blümchenpflücken, Schmähreden über die Schwarzhaarige, was das Zeug hält. Nach der Rückkehr lieferte ich meinem Vorgesetzten die Ware ab. „Alles in bester Ordnung?“ fragt mich Iwan Petrowitsch. „In allerbesten Ordnung sogar“, antworte ich, „es könnte gar nicht besser stehen.“ Für mich selber aber dachte ich: Du dickwanziger Esel, hast so eine Stoßtruppengemahlin und gelüftet dich noch nach der lumpigen Arina. Sagt zwei Häffinnen nach und läßt dir beide entgehen. Alle beide haben sie dir Hörner aufgesetzt, du feister Dummkopf.“

„Und was für ein Ende nahm das alles?“ fragte die Großmutter.

„Gar keins... Ueber die Milch im Krug geht zu Ende“, sagte Senka, blies in den Krug, schlürfte den Milchrest, schnitt eine Frage und lpe aus: „Verdammt noch mal!... Jetzt habe ich eine Fliege verschluckt.“

(Aus dem Russischen übertragen von Hans Ruoff.)

Nikolas Aranyosi: 100 Jahre Morphium

Wenn große Ereignisse der Menschheit, die Meilensteine der Entwicklung, vom Staub der Kulturgeschichte bedeckt werden, was mag sie dann wieder zu neuem Leben erwecken? — Ein bloßer Schimmer der „dankbaren“ Erinnerung, den Jubiläen, Jahrzehnt- und Jahrhundertfeierlichkeiten von sich ausstrahlen. Das ist alles. Und auch das verschwimmt in Tagen und Wochen. Entschwindende, ferne Komoten der Menschheitsgeschichte haben dann wieder ein Jahrhundert zu warten, bis ihr einflügeltes Gleichen in unserem Gedächtnis aufblüht.

Es gibt wohl nicht viele Jahrhundertfeiern, die 25 Jahre lang dauern. Ein solches seltenes Jentenario soll in diesem Jahre zu Ende gehen. Seit einem Vierteljahrhundert feiern wir dieses Jubiläum. Im stillen nur, kaum bemerkbar, ja, kaum daß es jemand wüßte, denn es gab viel wichtigere Dinge, die der Menschheit in dieser Zeitspanne den Atem raubten...

Allerdings, als vor 25 Jahren die Feler anfang, galt sie nur dem Entdecker allein und noch nicht seiner Entdeckung. Sie galt dem jugendlichen Pharmazeuten Friedrich Wilhelm Adam Sertürner, der es im Jahre 1805 im ärztlichen Laboratorium der Adler-Apothek zu Paderborn unternommen hat, das Opium einer eingehenden Analyse zu unterwerfen. Bei diesen chemischen Untersuchungen vollzog sich die Geburt des Morphiums. Sie war aber eine Frühgeburt — wie sich sehr bald herausstellte, — und es dauerte nicht weniger als 12 Jahre, bis das Neugeborene einen Namen erhielt. Es war eine Frühgeburt, wie so viele andere Geistesfindungen ihrer Art, um deren Existenz man kämpfen mußte, und gegen deren Aufnahme in den Kulturschatz die Menschheit sich so lange wehrte. Selbst nach der Namensgebung war es diesem neuen Geisteskinde Sertürners nicht vergönnt, von der menschlichen Gesellschaft freudig aufgenommen zu werden. Es vergingen noch über dreizehn Jahre, ehe das Morphium als Heilmittel seinen Einzug hielt in die Wissenschaft und mit Blitgeschwindigkeit auf der ganzen Welt Anerkennung fand. Dies geschah im Jahre 1831, von dem erst die eigentliche Geburt des Morphiums datiert.

Sertürner war kaum 22 Jahre alt, als ihm die Großtat seines Lebens, die Entdeckung des Morphiums, gelang, das ein Segen und zugleich ein Fluch der Menschheit geworden ist. Bei seinen Untersuchungen ging er von dem Gedanken aus, das im Rohsaft enthaltene „schlafmachende Prinzip“ als kristallinischen Körper zu isolieren. Als er später die physiologische Wirkung dieses Körpers genauer studierte, gab er ihm nach dem griechischen Traumgott Morpheus den Namen Morphium. Durch seine Morphiumstudien wurde aber selbst die wissenschaftliche Chemie ein gutes Stück vorwärts gebracht, da er im Morphium die erste organische Base aufwand und dadurch der Chemie eine neue Provinz erschloß. Ein weiterer Fortschritt war die Reindarstellung des Prinzips einer Droge, nämlich des im Opium enthaltenen Morphins. Damit wies Sertürner neue Wege; die Auffindung der Prinzipien der Drogen wurde zu einem Leitfaden für die Chemie, sowohl für die wissenschaftliche wie für die angewandte. Der leitende Gedanke Sertürners, daß in jeder Pflanze, die sich durch besondere Wirkungen auf den Organismus auszeichnet, ein dem Morphium verwandter Körper enthalten sein müsse, erwies sich als ungemein fruchtbar. Er führte zur Auffindung z. B. des Strachnins und Chinins. Und in ihrer letzten Auswirkung reicht die Sertürnersche Entdeckung auch in die biologische Giftlehre hinein, die eins der Fundamente der modernen Serumtherapie bildet.

Ueber den Lebenslauf Sertürners ist nicht viel zu sagen. Im Jahre 1783 zu Reubaus bei Paderborn als der Sohn eines Ingenieurs geboren, wurde Sertürner zunächst für den Beruf des Vaters bestimmt. Nach dessen frühzeitigem Tode jedoch ging er mit 16 Jahren aus Rückst auf die mittellose Familie zur Pharmazie über. Bei dem Hofapotheker Gramer in Paderborn ging er 5½ Jahre lang in die Lehre. Im Jahre 1806 übersiedelte er nach Einde, und erst 1823 brachte er es so weit, daß er in der Welfenstadt Hameln in den Besitz einer eigenen Apotheke gelangte. Zu dieser Zeit war er aber kein alltäglicher kleiner Pharmazeut mehr, sondern Doktor der Philosophie, zu dem ihn die Universität Jena 1817 für seine hervorragenden wissenschaftlichen Arbeiten ernannt hatte.

Wenn es der Menschheit Vos ist, einen guten Teil Schmerz zu ertragen, so ist derjenige sicher ein Wohltäter der Menschheit, der es vermag, daß diese Summe von Schmerzen zu vermindern. Ein solcher Wohltäter war Sertürner, der Entdecker des Morphiums, zu dessen Ehren in Hannover in diesen Tagen ein beschändendes Denkmal errichtet wird. Von den Wermustropfen, die sich der Freude dieser großartigen Entdeckung beimengten, von dem vielen Unheil, das dieses zum Segen der Menschheit aufgefundenen Mittel bei den der Wirklichkeit zu entziehen suchenden Menschen gestiftet hat, soll nicht gesprochen werden. Es ist ein Stück Geschichte der Rauhsucht menschlichen Unglücks, was das Morphium mit seinen giftigen Brüdern Opium, Kokain, Haschisch u. a. im Laufe von Jahrzehnten

und Jahrhunderten vollbracht hat. Nicht ganz grundlos stand schon in seinen Entdeckungsjahren die Aertzeerschaft dem neuen Mittel ablehnend gegenüber, wozu 0,3 Gramm genügen, um den Tod herbeizuführen, und namhafte Kerkzettelgenossen haben es wegen seiner Gefährlichkeit bekämpft. Aber in seinem späteren Lebensalter geriet Sertürner oft in einen heiligen Zorn, wenn er an die ihm für die Entdeckung des Morphiums gezollte Behandlung dachte. Seine eigenen Landsleute zeigten gegen seine Entdeckung ein größeres Widerstreben als das Ausland.

Das Schicksal Sertürners war nicht sehr verschieden von dem anderer großer Entdecker und Erfinder. Doch nicht nur dies, auch noch andere Umstände trübten seine Verdienste. Im Jahre 1814 erschien eine von dem französischen Chemiker Seguin verfaßte Abhandlung über Opium, die der Verfasser bereits Ende 1804 der Pariser Akademie vorgelegt hatte. Bei der Untersuchung war auch von ihm — auf ähnliche Weise, wie es Sertürner geglaubt war — ein kristallinischer, stickstoffhaltiger Körper aufgefunden worden. Als nun Sertürner nach wiederholten Experimenten die gleichen beständigen Ergebnisse seiner Untersuchungen von 1805 über den neuen Stoff — nachgewiesenermaßen, ohne den Aufsatz Seguins gelesen zu haben — 1817 erneut veröffentlichte, hielt ihn ein französischer Chemiker, der seine Arbeit von 1805 nicht gekannt hatte, für einen Plagiator und warf 1818 die Frage auf, wer in Wirklichkeit der Entdecker des Morphiums und der Retonsäure sei. Die Frage war jedoch sehr bald entschieden. Im Jahre 1831 hat das Institut de France Sertürner einen Preis von 2000 Franken für seine Entdeckung zuerkannt, und in den folgenden Jahren wurde er von nicht weniger als acht gelehrten Gesellschaften zum Mitglied ernannt.

Wie werden Elefanten gefangen?

Am meisten wird diese Kunst in Indien geübt, wo es sogar besondere Elefantenjäger gibt. Manchmal gehen nur zwei von ihnen in den Wald, und sie benehmen sich dabei so schlau, daß es ihnen gelingt, aus einer ganzen Herde einen einzigen Elefanten zu fangen, indem sie ihm eine feste, dehnbare Schlinge aus Hirsch- oder Büffelhaut um den Fuß werfen. Gewöhnlich aber bedient man sich eines anderen Verfahrens. Man lockt eine ganze Herde in einen eigens zugerichteten Platz und hält sie dort fest. Erst müssen oft auf einer viele Kilometer langen Strecke Treiber aufgestellt werden, die sowohl durch Geschrei wie auch durch Fackeln und Feuer die Elefanten nach einer bestimmten Richtung hinführen. Inzwischen ist eine Umzäunung, Khedda genannt, an einer besonderen Stelle angelegt worden. Ein Wassergraben quert den abgeschlossenen Raum, weil das Wasser die Elefanten besonders anzieht; von dort werden die Tiere durch ein oder mehrere Tore, die durch Fallgatter verschlossen werden können, in einen eng umschlossenen Kreis geleitet, aus dem sie nicht mehr entfliehen können. Auf dem eigentlichen Fangplatz müssen die Elefantenjäger ein Tier nach dem anderen einsperren und fesseln. Sie nehmen dabei zahme Elefanten mit, und mit diesen zerren sie die unschädlich gemachten wilden Artgenossen hinaus in den Wald. Erst hier beginnt dann die Zähmung. Die Tiere werden an Bäume gekettet, und hier toben sie wochenlang aus, bis sie vor Ermattung niedersinken. Allmählich gewöhnen sie sich an die zahmen Elefanten als auch an die Menschen. So wird z. B. ein wilder Elefant zwischen zwei zahmen Kameraden gefesselt geführt. Erst wenn die gefangenen Tiere die ursprüngliche Wildheit nach einigen Wochen abgelegt haben, werden sie nach einem Gehöft verbracht, wo sie vollends abgerichtet werden.

Das Auto rollt den Schah aus. Die englischen Sperlinge, die in den Distrikten der Union früher in Scharen auftraten, sind in raschem Verfall begriffen. Die Ursache dieser Erscheinung sieht Austin Clark, der Biologe des Nationalmuseums der Vereinigten Staaten, in den ununterbrochenen Angriffen, denen die Sperlinge durch die Auspuffgase der zahllosen Automobile ausgelegt sind. Die Sperlinge suchen in der Hauptsache ihre Nahrung auf der Straße und kommen dadurch ständig in Berührung mit dem Kohlenoxydgas der Auspuffdämpfe, das als schweres Gas die Neigung hat, sich bei windstillen Wetter am Erdboden anzusammeln. Er genügt schon eine winzige Menge dieses Kohlenoxyds, um einen kleinen Vogel zu töten oder ihn doch mindestens so zu schwächen, daß er eine leichte Beute der Katzen, Habichte und anderen Raubzeugs wird. Die englischen Sperlinge wurden seinerzeit aus Europa eingeführt, als man die modernen Vernichtungsmittel gegen die Insektenplagen noch nicht kannte. Sie dienten in der Hauptsache dem Zweck, die den Baumtrebs verursachenden Insekten zu töten, die den Bestand der amerikanischen Wälder mit völliger Zerstörung bedrohten.

Die berühmteste und größte Turmuhr der Welt ist die Big Ben in London, deren Schlag man im Radio auf der ganzen Erde hören kann. Das Zifferblatt der Uhr befindet sich in 56 Meter Höhe.

Sie wollen leere Mägen!

Hoherfüllte Gemeinheit des Agrarierorgans gegen die Erwerbslosen.

Die Entschlebung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat in der rechtsradikalen Presse Wutausbrüche hervorgerufen. Man fühlt dort das Gewicht der Anklage gegen die bankrotten kapitalistischen Wirtschaftsführer, und man fürchtet die antikapitalistische Stimmung des Volkes. Furcht und Haß haben in der „Deutschen Tageszeitung“ zu einer beispiellosen Selbstenthüllung geführt.

Das Organ der Großagrarien und der Interessenten der Osthilfe erdreistet sich, über die Forderung nach Schutz der Notleidenden vor Hunger und Kälte das Folgende zu schreiben:

„Dann die Sozialforderungen. Beteile keine Einschränkung, auch wenn die Betriebe schließen und ihre Arbeiter ins Heer der Arbeitslosen schicken müssen! Und schließlich noch ein Raubzug aufs Land, das seine Produkte zusätzlich zu der Geldunterstützung für Arbeitslose liefern soll.

Mit vollem Magen schmeckt die Zigarette ja auch um so besser.“

Für diese Leute, die noch niemals stempeln gehen mußten und die nicht genug an Osthilfe erhalten können, ist der Arbeitslose ein Gegenstand des Hasses. Sie üben sich in niedriger Verleumdung und Beschimpfung der notleidenden erwerbslosen Opfer der bankrotten Wirtschaftsführer.

Mit vollem Magen schmeckt die Zigarette ja auch um so besser — die ganze niedrige asoziale Gesinnung einer sattem Bourgeoisie liegt in diesem Satz! Der Erwerbslose ist ihnen ein Kerl, dem der Staat das Geld für Zigaretten liefert, ein Herumlungerer mit der Zigarette im Mundwinkel. Dieser Kerl will gar noch einen vollen Magen haben, er erdreistet sich, Kartoffeln essen zu wollen!

Das ist die Antwort des Agrarierorgans auf die Forderung nach Nothilfe für die Millionen Erwerbslosen im Winter! Sie heucheln öffentlich private Nothilfe — aber ihre Hilfsbereitschaft hat sofort ein Ende, wenn es gilt, den Erwerbslosen Kartoffeln zu verschaffen. Nicht einmal gegen Bezahlung wollen sie die Kartoffeln für die Erwerbslosen hergeben — der Plan, Kartoffeln zur Nothilfe zu kaufen, ist ihnen „ein Raubzug aufs Land“. Behaltet eure Kartoffeln — dann aber Grenzen auf für die billigen Lebensmittel vom Weltmarkt!

Der Ruf der Sozialdemokratie nach Schutz der Erwerbslosen gegen Hunger und Kälte begegnet dem Klassenhaß der Agrarier gegen die Erwerbslosen. Sie sollen nach dem Willen der Agrarier leere Mägen haben!

Miklas Kandidat der Christlich-Sozialen Seipel abgeblüht.

Wien, 9. September. (Eigenbericht.)

Die Christlich-Sozialen beschloßen am Mittwoch, für die Wahl des Bundespräsidenten den derzeitigen Bundespräsidenten Miklas als Kandidaten aufzustellen. Eine starke Minderheit hatte sich für Seipel eingeseht, für den auch die Heimwehren interveniert hatten. Der Beschluß der Christlich-Sozialen wurde sofort den anderen Parteien zur Kenntnis gebracht.

Die Wahl des Bundespräsidenten erfolgt nach der Verfassung durch das Volk und ist für den 8. Oktober angesetzt. Der sozialdemokratische Kandidat ist der Präsident des Nationalrats Dr. Renner.

Stillehalteabkommen unterzeichnet.

Bekanntgabe nach Inkrafttreten des Vertrages.

Das Stillehalteabkommen ist gestern durch die drei beteiligten deutschen Stellen, Reichsbank, Deutsche Golddiskontbank und Bankenkomitee, unterzeichnet worden.

In Kraft tritt das Abkommen am dem Tage, an dem die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) an die beteiligten Stellen die Mitteilung gelangen läßt, daß sämtliche Vertragsparteien den Vertrag gezeichnet haben. Der maßgebende Text des Stillehalteabkommens, einschließlich Mantelvertrag, wird bekanntgegeben werden, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist.

Der Fall Schmidlin.

Provisorische Freilassung bevorstehend.

Paris, 9. September. (Eigenbericht.)

Aus zuverlässiger Quelle erzählt der Pariser Korrespondent des „Soz. Pressedienst“, daß Professor Schmidlin provisorisch in Freiheit gesetzt werden soll, bis er von neuem abgeurteilt wird. Ein Präzedenzfall für dieses Verfahren ist durch die Freilassung des Bankiers Bind geschaffenen worden, der ebenfalls wegen autonomistischer Umtriebe im Abwesenheitsverfahren verurteilt worden war und sich vor einigen Monaten den französischen Behörden freiwillig gestellt hatte.

Devaheim und Kirche.

Die Sporer sollen mit Almosen abgefunden werden.

Der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin hat in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten des Deutschen evangelischen Kirchenausschusses die Generalsuperintendenten zur Unterstützung des Hilfswerks der „Notgemeinschaft der Inneren Mission E. V.“ für die Devaheim-Spore aufgerufen. Diese „Notgemeinschaft“ hat sich in voller Unabhängigkeit von den übrigen Organisationen der Inneren Mission seit endgültig konstituiert, um der Not der Geschädigten zu steuern. Vorsitzender ist der Generalsuperintendent Dr. Dibelius.

Die kirchlichen Würdenträger sehen jetzt also noch wochenlangem Zögern endlich die Organisation der evangelischen Kirchen zur Hilfeleistung für die Devaheim-Spore ein. So, wie die hohen Funktionäre der evangelischen Kirche sich die Sache aber denken, werden sie mit ihrer Aktion sowohl bei den 20.000 geschädigten Bauarbeitern wie auch in der Öffentlichkeit auf schärfsten Widerstand stoßen. Was die Devaheim-Spore mit Recht verlangen, ist kein kirchliches Almosen zur Vinderung der ärgsten Not, sondern volle Entschädigung für die verlorenen Spareinlagen, deren Verlust infolge der engen Personalverbindungen an der Inneren Mission hängen bleibt.

Im spanischen Parlament ergriff der Abg. Saenz Rodriguez, eins der einflussreichsten Mitglieder der Regierung Primo de Rivera, das Wort. Sofort verließen die Sozialisten und die Bürgerlichradikalen sowie die Republikaner den Saal und kehrten erst zurück, als diese Rede beendet war.

Auf zur Amstelbank!

(Nicht nur bekannte Bühnenstars, sondern auch österreichische Prinzen und anderer Hochadel legten ihr Geld auf der Pleite gegangenen Amsterdamer Amstelbank an.)



Es soll der Sänger mit dem Fürsten gehn.

Stahlhelm-Verleumdung.

Bundestanzler zu 800 Mark, Redakteur zu 400 Mark verurteilt.

Der Bundestanzler des „Stahlhelms“, Major a. D. Wagner, und der Redakteur des „Stahlhelm“, Kleinau, standen gestern wegen Verleumdung der Presse vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte.

Im „Stahlhelm“ vom 5. April d. J. ließ der Bundestanzler, Major a. D. Wagner, einen Artikel mit der Ueberschrift „Außenpolitik und Preußen-Volksbegehren“ vom Stapel; er schildert darin in den schwärzesten Farben die drohende Gefahr des Imperialismus vom Westen her und die höllischste Unternehmung vom Osten her, die Schuld an der drohenden Gefahr schob er in der gehässigen Weise selbstredend der „marxistisch-preussischen“ Regierung zu. „Die marxistische preussische Regierung“, hieß es da, „wird stets im Banne der Erfüllungspolitik die sicherste Verbündete Frankreichs, somit auch Polens sein.“ In ihrem Haß gegen jede stolze Regung der Nation wird sie Volk und Reich so lange zu entmachten suchen, bis es zu spät ist.“ Bei der Besprechung der für 1932 anberaumten Wüstungskonferenz meinte der Verfasser: „Nachgeben werden die andern in Genf aber nur, wenn sie nicht mehr darauf hoffen können, daß die marxistisch-preussische Regierung dem Reich in den Rücken fällt.“

Mit anderen Worten: der preussischen Regierung wurde in nicht mißzuverstehender Weise Landesverrat vorgeworfen. Der preussische Ministerpräsident Braun stellte Strafanzeige wegen Verleumdung. Der „Stahlhelm“ wurde verboten, das Reichsgericht kürzte zwar auf eine Beschwerde hin die Verbotzeit ab, fand auch in den inkriminierten Sätzen kein Vergehen gegen das Republikenschutzgesetz, erklarte jedoch in ihnen eine Beschimpfung der Behörden. Es sagte wörtlich:

„Die im Artikel enthaltenen Verurteilungen stellen den denkbar schwersten Vorwurf dar, der einer Staatsregierung überhaupt gemacht werden kann. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen zur Begründung dessen, daß sie eine äußerste schwere Beschimpfung und eine böswillige Verächtlichmachung der preussischen Staatsregierung enthalten, die an und für sich ein längeres Verbot hätten gerechtfertigt erscheinen lassen.“

Diese scharfe Stellungnahme des Reichsgerichts hatte anscheinend auf den Bundestanzler des Stahlhelms, Major a. D. Wagner, absolut keinen Eindruck gemacht. In der gestrigen Verhandlung spielte er den Raiven und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß die Regierung sich durch die von ihm niedergeschriebenen Sätze überhaupt beleidigt fühlen konnte. Er habe ja von der preussischen Staatsregierung nichts anderes gesagt als seinerzeit der preussische Minister Severing in Stuttgart von sich selbst und seinen politischen Freunden. „Wir wollen Freunde der Polen, Freunde der Franzosen, Freunde der Engländer sein, weil sie Freunde des deutschen Volkes sein wollen“, habe es in jener Rede geheißen. Das bedeute aber nichts anderes als die Verurteilung im Artikel über die preussische Regierung als die „sicherste Verbündete Frankreichs, damit auch Polens“. Im übrigen, erklärte der geistreiche Angeklagte, handele es sich um einen weltanschaulichen Kampf. Daß dieser Kampf gerade von ihm, dem Angeklagten, mit Schärfe geführt werde, habe seinen besonderen Grund. Er sei Zeuge dessen gewesen, wie durch die Schuld der deutschen Revolution die Provinz Polen verloren gegangen sei, obgleich sie hätte gehalten werden können. Er sei nach Berlin gekommen, um eine Armee zu schaffen. Er habe die „marxistische“ Regierung zu bewegen versucht, ihre Einwilligung zu dieser Armee zu geben. Er und General Bergmann hätten ihr Ehrenwort dafür verbürgt, daß die militärischen Kräfte nicht gegen die Revolution verhandelt werden würden. Alle seine Bemühungen seien aber vergebens gewesen. Und da sollte er angeklagt dieser Tatsache etwa nicht mit besonderer Schärfe gegen die Erfüllungspolitik der preussischen Regierung ankämpfen?

Der verantwortliche Redakteur des „Stahlhelm“, Kleinau, wußte diesen Argumenten seines Mitangeklagten wenig hinzuzufügen. Er erklärte nur, der Ansicht zu sein, daß die Erfüllungspolitik eine effektive Hilfeleistung für die Polen und Franzosen darstellt; deshalb habe er den Artikel nach reiflicher Prüfung in dem Satz gegeben.

Der erste Staatsanwalt Köhler glosierte in trefflichen Worten die gespielte Raivität des angeklagten Bundestanzlers des Stahlhelms, er berief sich auf die oben zitierte Entscheidung des Reichsgerichts und beantragte für Major Wagner 1000 Mark Geldstrafe, für die im Nichtbetriebsfalle für je 50 Mark ein Tag Gefängnis zu treten habe, und für den Angeklagten Kleinau 400 Mark Geldstrafe.

Das Gericht verurteilte nach kurzer Beratung den Angeklagten Wagner zu 800 Mark Geldstrafe, den Angeklagten Kleinau zu 400 Mark Geldstrafe; dem Ministerpräsident Braun wurde Publikationsbefugnis im „Stahlhelm“, im „Vorwärts“ und im „Volksanzeiger“ zugesprochen. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß das Gericht in Bezug auf die erste inkriminierte Verurteilung ein Verbrechen als nicht erwiesen erachtet hat, da die Angeklagten glaubhaft erklärt haben, sie hätten durch dieselbe einen Vorwurf des Landesverrats nicht machen wollen; dagegen enthalte die zweite Verurteilung ein denkbare schwersten Vorwurf einer ehrlosen Gesinnung. Straffähigend war zu berücksichtigen, daß die Verurteilungen in eine Zeit fielen, wo das Staatsgefüge zu zerbrechen drohte.

Sölling verurteilt.

Das Hoch auf die Republik und die Verwaltungsakten.

Landgerichtspräsident Sölling hatte dem Vorsitzenden des Betriebs- und Angestelltenrats am Landgericht I, Fraeß, eine ernste Verwarnung erteilt, weil dieser zu einem Pressebericht über angeblich innerdienstliche Angelegenheiten Informationen erteilt habe. Die „innerdienstliche Angelegenheit“ war eine Gedankfeier für die Gefallenen im Landgerichtsgebäude, nach deren Schluß Fraeß ein Hoch auf die Deutsche Republik ausbrachte, als Demonstration gegen antirepublikanische Gesinnungen in der Beamenschaft, die sich nach Fraeßes Ansicht bei der Vorbereitung der Feier bemerkbar gemacht hatten.

Fraeß hat, wie wir in Nr. 303 des „Vorwärts“ berichteten, beim Arbeitsgericht die Aufhebung der ihm erteilten Verwarnung beantragt. Wie in dem zweiten Termin am Mittwoch festgestellt wurde, ist die Verwarnung schriftlich erteilt und auch in den geheimen Verwaltungsakten, aber nicht in den Personalakten vermerkt. Es handelt sich also um eine amtliche Handlung, die, obgleich die Angestellten dem Disziplinarrecht nicht unterstehen, ebenso zu bewerten ist und nach Ansicht des Landgerichtspräsidenten auch wohl so bewertet werden sollte, als wenn ein Beamter eine ernste Verwarnung erhält.

Vor dem Arbeitsgericht suchte der Vertreter des Landgerichtspräsidenten, Landgerichtsrat Schulz, der Klage den formalrechtlichen Boden zu entziehen, indem er sagte, die dem Kläger erteilte Verwarnung sei nicht anders aufzufassen, als wenn ein Hausherr seiner Hausangestellten, die Geschirre zerbrochen habe, eine Verwarnung erteilt, deren Rücknahme doch nicht im Klagewege gefordert werden könne. Zu dem Anlaß der Verwarnung meinte Landgerichtsrat Schulz, dem Kläger sei es nicht darauf angekommen, die Republik hochleben zu lassen, sondern er habe bewußt und gewollt beabsichtigt, die Feier zu führen.

Davon könne keine Rede sein, erwiderte der Kläger, denn er habe das Hoch erst nach Schluß der Feier ausgebracht, als die Teilnehmer sich anschickten, fortzugehen.

Das Arbeitsgericht unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Auerbach entschied, daß die ernste Verwarnung aus den Akten zu entfernen und dem Kläger davon Mitteilung zu machen ist. Die Verwarnung — so wurde in der Urteilsbegründung gesagt — sei nicht gerechtfertigt. Es habe sich bei der Gedankfeier nicht um eine dienstliche Angelegenheit gehandelt. Daß die Verwarnung in den Verwaltungsakten, aber nicht in den Personalakten des Klägers verzeichnet wurde, sei ein Verstoß gegen die Verordnung, wonach Personalakten neben den Personalakten nicht geführt werden dürfen.

Enttäuschte Patentreuzhoffnung.

Sie erhalten keinen Erfahminister für Franzen.

Braunshweig, 9. September. (Eigenbericht.)

Die Fraktion „Bürgerliche Einheitsliste“ hat einstimmig beschlossen, die Regierungsgeschäfte dem jetzigen deutschnationalen Finanzminister Dr. Kuchenthal allein zu belassen. Dementsprechend wurde den Nationalsozialisten mitgeteilt, daß die bürgerlichen Abgeordneten den Nazi-Kandidaten Klages nicht zu wählen beabsichtigen.

